Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit", sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 202 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Dienstag, den 30. August 1921 | Anzeigenpreis: Im achtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Zum Schutze der Republik.

Ein Aufruf der Regierung. — Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 29. Aug. Schon seit geraumer Zeit erfüllt es die Reichsregierung mit Besorgnis, daß die öffentlichen Sitten in Deutschland immer mehr in Verfall geraten und die Grundlagen von Reich und Staat zu erschüttern drohen. In einer Zeit, in der alle Kräfte der Nation daran gesetzt werden müssen, die moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden des Krieges zu heilen, geht eine zügellose Agitation immer offener ans Werk, die politischen und staatlichen Fundamente zu untergraben, auf denen sich der neue Bau des Deutschen Reiches erheben soll. Die Sprache der Presse, die diesem unheilvollen Bestreben dient, wird von Tag zu Tag deutlicher. Sie zeigt, daß der Plan gewissenloser Elemente und Gruppen, den gewaltsamen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung zu betreiben, in weitere Kreise des Volkes getragen werden soll. Offen und in rohester Form wird in solchen Organen und in Versammlungen zu Gewalttaten an politischen Gegnern, sogar zum Mord aufgefordert. Augenscheinlich halten die Führer dieser Bewegung die Zeit für gekommen, in der ihre Ziele nicht mehr verschleiert zu werden brauchen, sondern offen bekannt werden dürfen. Die Reichsregierung wird von dieser Bewegung als ein Klüngel unfähiger, schwächlicher und undeutscher Politiker dargestellt, deren Beseitigung patriotische Pflicht sei. Reden und in den Parteien, die in parlamentarischer Opposition stehen, gewinnen in letzter Zeit Organisationen, Vereine, Gruppen und Persönlichkeiten an Bedeutung, die aus Haß gegen die demokratisch-republikanische Staatsform offen zur Verachtung der Verfassung und Uebertretung der Gesetze auffordern.

Die Not des Vaterlandes macht es zur doppelten Pflicht, mit harter Hand diesem Treiben teils gewissenloser, teils verblendeter Elemente entgegenzutreten. Ein schwerer Winter steht Deutschland bevor. Noch lasten auf uns die schwer drückenden Folgen eines verlorenen Krieges. Noch ist Oberschlesien dem Reiche noch nicht gesichert; seine Erhaltung, für die die Regierung seit Monaten zäh und nicht aussichtslos kämpft, kann durch einen offenen Ausbruch innerer Zwistigkeiten in Frage gestellt werden. Der politische Kredit des Deutschen Reiches darf nicht erschüttert werden in dem Augenblick, indem wir den Anspruch auf Oberschlesien auf die Grundsätze der Demokratie gründen. Ebensowenig kann es geduldet werden, daß durch politische Unruhen die wirtschaftliche Kraft Deutschlands geschwächt wird, die zur Abtragung der schweren uns auferlegten Lasten aufs höchste angespannt werden muß. Nur durch dauernde, ungestörte Arbeit kann es gelingen, Reich und Volk über die schweren Zeiten hinwegzuführen, in denen Teuerung und steuerliche Höchstleistungen nebeneinander hergehen.

In dieser Lage des Vaterlandes die Verfassung und die Gesetze antasten oder verächtlich machen, heißt eine zweite in Wahrheit erst vernichtende Niederlage und damit den Verfall des Reiches vorbereiten.

Die Reichsregierung ist deshalb entschlossen, das zu tun, was die Zeitumstände und die Provokationen der Gegner der Verfassung gebieterisch erheischen. Die Verfassung, welche die demokratischen Forderungen der Freiheit der Presse, der Vereine und der Versammlungen verwirklicht, gewährt zugleich die Möglichkeit, diese Freiheit zu beschränken, wenn sie zur Beseitigung der Verfassung selbst und aller Freiheit schlechthin mißbraucht werden.

Von dieser Befugnis, die dem Reichspräsidenten zusteht, wird durch den Erlaß vom 29. August Gebrauch gemacht.

Die Reichsregierung hofft und ist überzeugt, daß alle rechtlich denkenden und zum Wiederaufbau des Vaterlandes willigen Deutschen hinter sie treten und mit ihr zum Schutze der Verfassung und der Gesetze zusammenwirken. Sie wird mit unerbittlicher Strenge gegen jede Auflehnung vorgehen und fordert alle Organe des Reiches und der Länder auf, in völliger Unparteilichkeit und ohne Ansehen der Person der Verordnung rücksichtslos Geltung zu verschaffen

Die Reichsregierung:
gez. Dr. Wirth.

*

Die Verordnung.

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1. Periodische Druckschriften, deren Inhalt zur gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der Verfassung oder verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reichs oder eines seiner Länder, zu Gewalttaten gegen Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform, zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auffordert oder anreizt, können für die Dauer bis zu 14 Tagen verboten werden.

Gleiches gilt für periodische Druckschriften, deren Inhalt eine Billigung oder Verherrlichung solcher Handlungen darstellt oder die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich macht. Das Verbot kann bis auf die Dauer von drei Monaten ausgedehnt werden, wenn die Druckschrift nach vorherigem Verbot nochmals gegen die Bestimmung verstößt.

Das Verbot gilt für das gesamte Reichsgebiet und umfaßt auch jede angeblich neue periodische Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

Zuständig für den Ausspruch des Verbots ist der Reichsminister des Innern, der die zum Vollzuge notwendigen Vorschriften erläßt.

§ 2. Eine Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung ist außer in den Fällen des § 23 Nr. 1 und 2 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. 5. 1874 auch dann zulässig, wenn der Inhalt der Druckschrift die Voraussetzung eines Verbotes nach § 1 Abs. 1 erfüllt.

§ 3. Wer eine nach § 1 verbotene Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Geldstrafe von 500 000 Mk. und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4. Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge und Kundgebungen können außer den Fällen des Artikels 123 der Reichsverfassung verboten werden, wenn die Besorgnis begründet ist, daß in den Versammlungen usw. Erörterungen stattfinden, die zur gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der Verfassung oder verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reiches oder eines seiner Länder, zu Gewalttaten gegen Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform, zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auftreten, solche Handlungen billigen oder verherrlichen oder die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich machen.

Zuständig für den Ausspruch des Verbots ist der Reichsminister des Innern, der die zum Vollzuge notwendigen Vorschriften erläßt.

§ 5. Wer eine nach § 4 verbotene Versammlung usw. veranstaltet oder in einer solchen verbotenen Versammlung usw. als Redner auftritt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mark und mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wer an einer solchen verbotenen Versammlung usw. teilnimmt, mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6. Gegen ein Verbot nach §§ 1 und 4 und eine Beschlagnahme nach § 2 ist die Beschwerde an einen Ausschuß zulässig; die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Mitglieder des Ausschusses und ihre Stellvertreter wählt der Reichsrat aus seiner Mitte. Der Ausschuß entscheidet in der Besetzung von sieben Mitgliedern, die nach eigener freier Ueberzeugung erkennen. Den Vorsitz im Ausschuß führt ohne Stimmrecht der Reichsminister des Innern oder ein von ihm bestimmter Stellvertreter.

Die Beschwerde ist beim Reichsminister des Innern einzureichen, der sie, falls er ihr nicht stattgibt, dem Ausschuß zur Entscheidung vorlegt.

§ 7. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.
Der Reichskanzler: gez. Dr. Wirth.

Endlich feste Hand.

Der Aufruf, den die Reichsregierung in Verbindung mit einer Verordnung des Reichspräsidenten veröffentlicht, kündigt endlich an, worauf die Anhänger der Republik schon lange gewartet haben, daß auch gegen die rechtsbolschewistischen Friedensstörer mit harter Hand und unerbittlicher Strenge vorgegangen werden soll. Nichts hat bisher dem Ansehen der Republik mehr geschadet, als die Nachsicht, mit der man auch den ärgsten Ausschreitungen der Reaktionäre gegenüberstand. Die Reichsverfassung, die hinsichtlich der staatsbürgerlichen Freiheiten wirklich mustergültiges bietet, ist aufgebaut auf dem Gedanken, daß man im Gegensatz zum Unterdrückungssystem der Hohenzollernschen Monarchie die freiwillige und freiheitliche Mitarbeit aller an dem Wiederaufbau des Reiches brauche und fördern müsse. Diese Toleranz, die auch den Monarchisten und den Reaktionären aller Grade weitesten Spielraum gewährte, ist von ihnen ausgelegt worden als Zeichen der Schwäche und der staatlichen Kraftlosigkeit. Nur dadurch ist es möglich geworden, daß die verhältnismäßig kleine Schar von Kappisten ihren Putsch im Vorjahre ins Werk setzen konnte und daß sie nach dem Niederschlagen dieses Putsches durch die organisierte Arbeiter- und Beamtenschaft trotzdem weiter im Lande ihren Unfug treibt. Alle Mahnungen an die Regierung, gegen die Hohenzollernschwärmer und Feinde der Republik schärfere Maßnahmen zu ergreifen, waren bisher erfolglos geblieben. In Bayern finden offene monarchistische Kundgebungen statt, bei denen der frühere Kronprinz Rupprecht sich anhimmeln und umjauchzen läßt. In Preußen werden landauf, landab militärische Feste veranstaltet, bei denen, vom Hasardeur Ludendorff abgesehen der Zollernsproß Eitel Fritz teils Parade abnimmt, teils in Reih und Glied vor einem anderen militärischen Götzen Parade mitmacht. An alledem ist die republikanische Regierung bisher schweigend vorbeigegangen, getragen von dem Gefühl, daß in einem freiheitlichen Staatswesen auch die Freiheit zur Dummheit bestehen müsse. Indessen ist ihre Rücksichtnahme ihr sehr schlecht gelohnt worden. In den Versammlungen der Deutschnationalen und der ihnen nahestehenden Organisationen wurde die Tonart immer rüpelhafter, bis endlich die Ermordung Erzbergers blitzlichtartig zeigte, auf welchem Wege wir uns befinden. Plötzlich zeigte sich mit aller Klarheit, daß dieser eine Fall wiederum nur ein Glied in einer Kette von anderen sein würde, wenn nicht endlich die Regierung sich zu einer energischen Abwehr aufraffte. Die Gegendemonstrationen, die von den Arbeitern in einer Reihe von deutschen Orten gegen die monarchistischen Provokationen veranstaltet worden sind, und die leider, wie das kaum anders zu erwarten war, hier und da wieder zu Eingriffen der Staatsanwälte gegen demonstrierende Arbeiter, in Potsdam leider auch zu Blutvergießen führten, haben endlich eine Aktion der Regierung ausgelöst. Wir hoffen, daß der Aufruf der Reichsregierung endlich allen über den Ernst der Lage die Augen öffnet und besonders, das die Verordnung des Reichspräsidenten eine Anwendung findet, die ihrem Zwecke entspricht.

Arbeitervertreter beim Reichskanzler.

Die Forderungen der freien Gewerkschaften.

Gestern nachmittag fand im Reichskanzlerhause eine Besprechung von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und des Afabundes mit dem Herrn Reichskanzler statt. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf den durch die jüngste Mordtat blitzartig beleuchteten Charakter der politischen Situation hin und schilderten die in den Reihen der Arbeitnehmerschaft vorhandene starke Beunruhigung. Es wurde von ihnen mit Bedauern festgestellt, daß die am 20. März 1920 zur Sicherung der Republik getroffenen Vereinbarungen (8 Punkte) bis heute unerfüllt geblieben seien, und daß seitdem die Reaktion immer mehr erstarkt sei. Ausschreitungen schwerster Art gegen das Ansehen der Republik und deren Einrichtungen hätten sich ereignet, die Fahne der Republik sei mehr als einmal Gegenstand der Verhöhnung und Vernichtung gewesen, Veranstaltungen ehemaliger militärischer Formationen seien mit Verunglimpfungen der Einrichtungen der Republik verbunden gewesen. Gegen derartige Handlungen des Hochverrats, soweit sie von rechts kämen, seien die Organe der Justiz gar nicht oder nur mit außerordentlicher Milde vorgegangen. Die bedenkliche innerpolitische Entwicklung zeige sich aber besonders in den Mordtaten gegenüber republikanisch gesinnten politischen Persönlichkeiten. Die Ermordung des Abg. Garcis in München sei bis heute noch ungesühnt; der Mord an Erzberger sei symptomatisch für die politische Atmosphäre.

Die Vertreter der Gewerkschaften richteten daher an den Herrn Reichskanzler die dringende Aufforderung, zur Beseitigung dieser Zustände in schärfster Weise durchzugreifen. Insbesondere forderten sie die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Mitteldeutschland und Ostpreußen, das Verbot für Angehörige der Reichswehr an antirepublikanischen Kundgebungen teilzunehmen, widrigenfalls sofortige Bestrafung und Entfernung aus der Reichswehr erfolgen müsse, unerbittliches Vorgehen gegen die unmittelbare Verherrlichung des politischen Mordes und der Anreizung dazu in Wort und Schrift, schärfstes Zufassen bei der strafrechtlichen Verfolgung politischer Mörder und deren Helfershelfer wie überhaupt die Ergreifung energischer Maßnahmen zur Sicherung der demokratischen Republik.

Die gewerkschaftlichen Vertreter erklärten ausdrücklich, daß die hinter ihnen stehenden 11 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten willens seien, sich zum Schutze der demokratischen Republik der Regierung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen. Sie erwarteten von der Regierung, daß sie unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen treffe. Der Herr Reichskanzler erklärte in seiner Erwiderung, daß er die von den Vertretern der Gewerkschaften vorgetragenen Besorgnisse teile,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210830-18/fragment/page=0001

Es sei daher bereits eine Verordnung erlassen, die geeignet sein dürfte, den beregten Mißständen nachdrücklich zu Leibe zu gehen. Er begrüßte es, daß die Vertreter der Gewerkschaften sich in so entschiedener Weise hinter die Regierung stellen wollten, um sie bei der Sicherung der Republik nachdrücklichst zu unterstützen. Wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, die auch er für wünschenswert halte, sei mit den betreffenden Ländern in Verbindung zu treten. Die hinsichtlich der Rechtsprechung gegebenen Anregungen würden Gegenstand einer bevorstehenden gesetzgeberischen Maßnahme sein.

Der Herr Reichskanzler behielt sich vor, den Vertretern der Gewerkschaften über die Wirkung der getroffenen Maßnahmen in den nächsten Tagen eine Mitteilung zukommen zu lassen.

In geschlossener Front!

Berlin, 30. August. (W. T. B.) Wie der „Vorwärts" und die „Freiheit" gleichlautend melden, fand am Montag mittag im Reichstag eine gemeinsame Besprechung der Vertreter der Parteileitungen beider sozialistischen Parteien statt. Die Besprechung ergab die Uebereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage, die als ernst und kritisch aufgefaßt wurde und gemeinsames Handeln beider Parteien zur unbedingten Notwendigkeit mache.

*

Wie unsere Parteileitung, so hat auch der Vorstand der U. S. P. am Sonntag einen Aufruf zur Demonstration „gegen das reaktionäre Mordregiment" für den kommenden Mittwoch erlassen. Es wird darin gefordert: Rücksichtsloses Vorgehen gegen die konterrevolutionären Mörderklique, ihre Hintermänner, Geldgeber und Helfershelfer, Freilassung der politischen Gefangenen, Säuberung der Verwaltungskörper des Reichs und der Einzelstaaten von den reaktionären Elementen in der Bürokratie, demokratische Organisation der Reichswehr und Entfernung der konterrevolutionären Militärs aus den leitenden Stellen, Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter und Organisation der Rechtspflege auf der Grundlage der Richterwahl durch das Volk.

In einem weiteren Artikel: „Wir brauchen die Tat!" schreibt die „Freiheit": Mittwoch wird in ganz Deutschland die Arbeiterschaft aufmarschieren. In geschlossener Front! Zum ersten Mal wieder seit den Kapptagen und diesmal planmäßiger und mit dem entschlossenen Willen, die Einheit im Kampfe gegen die Reaktion aufrechtzuerhalten, bis die Feinde der Republik, die Organisationen des Meuchelmordes, die deutschnationalen Hetzer zum Bürgerkrieg, die militaristischen Verschwörer zu Boden geschmettert sind.

In zustimmendem Sinne läßt sich dann die „Freiheit" zu einem Artikel von Otto Braun, den wir heute veröffentlichen, wie folgt vernehmen: Nein, die politische Situation ist zu ernst für Intrigen und Braun hat recht, wenn er Klarheit fordert. Und diese Klarheit wird sich ergeben in der Frage der preußischen Regierung. Soll die Republik gesichert werden, dann muß in Preußen der erste Schritt geschehen. Die preußische Verwaltung darf nicht länger der Stützpunkt der Reaktion bleiben. Die Demokratisierung der Verwaltung, die so jüst und zaghaft begonnen, die vom Ministerium Stegerwald absichtlich unterlassen worden ist, muß jetzt fort- und durchgeführt werden. In diese Machtposition muß die Arbeiterschaft einrücken. Die bürgerlichen Parteien müssen von den Rechtssozialisten vor die Frage gestellt werden, ob sie das deutschnationale Regiment, das jetzt in Wirklichkeit in Preußen besteht, noch länger dulden werden. Klarheit und die Tat! Die Arbeiterschaft muß wissen, woran sie ist. Ihre Einigkeit aber ist die Gewähr, daß die Tat diesmal ausgeführt werden wird. Wenn wir geschlossen marschieren, wer will auf die Dauer der Wucht solchen Vormarsches widerstehen?

Der Ständige Ausschuß einberufen.

Der Vorsitzende des 8. Ausschusses des Reichstages, Meerfeld, hat diesen Ausschuß, der nach der Verfassung berufen ist, während der parlamentsfreien Zeit die Reichsregierung zu kontrollieren, zum Freitag, den 2. September, zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen. Der Ausschuß wird die innerpolitische Lage, wie sie durch die Ermordung Erzbergers sich gestaltet hat, beraten und wahrscheinlich auch Stellung nehmen zu den Vorgängen in München, insbesondere zu der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes durch die Regierung Kahr.

Verbote gegen die Kommunisten aufgehoben.

Königsberg, 29. August. Durch Verordnung des Militärbefehlshabers des Wehrkreises vom 29. August werden die Verordnungen des Militärbefehlshabers vom 29. März 1921 betreffend das Verbot von kommunistischen Versammlungen und das Verbot der Zeitung „Die Rote Fahne des Ostens" außer Kraft gesetzt.

Der Attentäter Hirschfeld aus dem Gefängnis beurlaubt.

Berlin, 29. Aug. Das Berliner Polizeipräsidium hat den Fall des Fähnrichs Hirschfeld in die Ermittelungen in der Mordsache einbezogen, der schon früher einen Mordanschlag auf Erzberger verübt und dafür eine anderthalbjährige Gefängnisstrafe erhalten hat. Hirschfeld war am 27. April d. J. auf vier Monate aus dem Gefängnis beurlaubt. Da er sich nach Ablauf, also am 27. Aug. noch nicht im Gefängnis zur weiteren Strafverbüßung gemeldet hatte, nahm die Polizei sofort die Ermittelungen nach seinem Verbleib auf.

*

Lesen wir richtig oder flimmert es uns vor den Augen. Der Attentäter auf Erzberger aus dem vorjährigen Erzberger-Helferich-Prozeß aus dem Gefängnis beurlaubt. Wer hat hier die Erlaubnis erwirkt?? Warum ist er auf freien Fuß gesetzt worden? Was sagt der Herr Justizminister dazu?

Die Mörder haben es gut unter unserem Richterstand!

Erzbergers Nachfolger im Reichstag.

Wie das B. T. meldet, wird der Nachfolger Erzbergers der württembergische Abgeordnete Graf sein, da der bei den Reichstagswahlen als Nachfolger auf der Zentrumsliste stehende Erich Schüler verzichtet hat.

Was das Ausland über unsere innerpolitische Lage denkt.

Aus London wird gemeldet: Die Blätter veröffentlichen ausführliche Telegramme aus Berlin über die durch die Ermordung Erzbergers geschaffene Lage in Deutschland. Die Times schreibt in einem Leitartikel, die Ermordung Erzbergers bringe der Welt plötzlich in Erinnerung, daß Deutschland in einer dauernden Krise lebe. Trotz der Milderung der wirtschaftlichen Sanktionen seien die Ursachen der inneren Unruhen in Deutschland nicht beseitigt worden. Die Militaristen und Kommunisten bereiteten sich unbeirrt durch ihre bisherigen Mißerfolge auf eine neue Aktion vor. Es sei möglich, daß die Aussicht auf Bürgerkrieg plötzlich durch die Ermordung Erzbergers aufgetaucht sei und eine ernüchternde Wirkung auf alle Parteien haben werde. Die Regierung müsse jedoch viel energischere Maßnahmen ergreifen als bisher, um die Wiederholung solcher Verbrechen unmöglich zu machen. Die dauernde Tätigkeit der deutschen Militaristen führe nur dazu, daß in den Ententeländern die Zweifel bezüglich der Kontinuität der augenblicklichen deutschen Politik weiter bestehen. Es sei im höchsten Falle Deutschland mit größter Energie möglich, alle Erinnerungen an das System auszulöschen, das die Welt in die furchtbare Katastrophe des Krieges gehetzt habe. In der Zwischenzeit müßten die Alliierten wachsam sein. Der Observer schreibt, die Alliierten würden gut tun, die Schwierigkeiten der neuen deutschen Demokratie in Betracht zu ziehen; es könne immer noch sein, daß das Gefühl des Abscheus und der Beunruhigung, das als Folge der Ermordung Erzbergers in Deutschland aufgekommen sei, der Regierung Wirth zum Vorteil gereichen werde, etwa wie der Kapp-Putsch der deutschen parlamentarischen Regierung eine feste Stütze verliehen habe.

Beabsichtigter Anschlag auf eine Eisenbahnbrücke?

Bielefeld, 29. August. (Telunion). In einer unmittelbar an dem Viadukt der Bahn Köln-Hannover-Berlin gelegenen Ziegelei fanden spielende Kinder eine Sprengstoffladung. Sofort vorgenommene Nachgrabungen förderten drei Kisten des sehr gefährlichen Sprengstoffes Donarit und etwa 20 Meter Zündschnur zutage. Der Zweck der Vergrabung ist noch nicht klar, es liegt aber die Vermutung nahe, daß ein Attentat auf die Brücke geplant war, um den Eisenbahnverkehr zwischen Köln und Berlin über Hannover lahmzulegen. Zur Zeit werden Nachforschungen nach weiteren Vergrabungen angestellt.

Die gesetzliche Festlegung des 8-Stundentages.

Berlin, 30. Aug. Dem Reichstag und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist soeben durch das Reichsarbeitsministerium ein Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vorgelegt worden. Der Entwurf, der auch die Beschlüsse der internationalen Arbeiterorganisation in Washington vom November 1919 zu berücksichtigen hatte, enthält verschiedene andere Schutzvorschriften der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter. In den Betrieben, die am Sonn- und Feiertag fortgeführt werden müssen, ist eine 56stündige Arbeitszeit im Durchschnitt dreier Wochen zulässig. Da die Nebenarbeit den Zweck des Achtstundentages, die Schonung der Arbeitskraft, bereitelt, ist das Verbot der Nebenarbeit in den Entwurf aufgenommen worden.

Besondere Schutzbestimmungen für Kinder und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch das Washingtoner Uebereinkommen gegenüber den bisherigen Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung in Aussicht genommen. Eine Aenderung einschneidender Art ist das völlige Verbot der gewerblichen Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren. Der Begriff „jugendliche Arbeiter" erstreckt sich auf Personen beiderlei Geschlechts von mindestens 14 aber unter 18 Jahren. Abweichungen vom Achtstundentag sind nur mit behördlicher Genehmigung gestattet.

Die Forderungen der Kriegsbeschädigten.

Der Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter teilt mit: Am 29. August fand zwischen den Organisationen der Kriegsopfer und dem Reichsarbeitsministerium eine Beratung statt, in welcher Weise der zurzeit bestehenden Notlage der Kriegsopfer entgegengewirkt werden könnte. Die Vertreter des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener kennzeichneten die völlig unhaltbaren Zustände als Auswirkung einzelner Bestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes. Alle Verbände stimmten darin überein, daß nur eine schleunige Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes gemäß den Vorschlägen der Organisationen eine endgültige Besserung der Kriegsopfer bringen würde. Zur Besserung der augenblicklichen Notlage fordern die Organisationen gemeinsam Erhöhung der Teuerungszuschläge auf 60 Prozent für die Ortsklasse a und b 90 Prozent für die Ortsklasse c und 100 Prozent für die Ortsklassen d und e rückwirkend ab 1. August. Ferner soll die Regierung auf dem Vorschußwege eine sofortige Hilfsaktion einleiten, welche vor allem den Kriegshinterbliebenen und Schwerkriegsbeschädigten zugute kommen soll. Das Reichsarbeitsministerium hat die Forderungen der Verbände entgegengenommen und wird in nächster Zeit die Stellung der Reichsregierung und der Parteien einholen. Daraufhin sollen in einer weiteren Sitzung endgültige Maßnahmen beschlossen werden.

Der Völkerbund und die oberschlesische Frage.

Keine Befragung Deutschlands oder Polens.

Genf, 30. August. Der Völkerbundrat trat gestern nachmittag zu seiner ersten Beratung über die oberschlesische Frage zusammen. Sämtliche Ratsmitglieder waren anwesend, die vier ständigen: Ishii-Japan, Balfour-England, Bourgeois-Frankreich und Imperiali-Italien, sowie die vier nichtständigen: Wellington Koo-China, Quinones de Leon-Spanien, de Chunha-Brasilien und Huymans-Belgien. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Erik Drummont und zahlreiche Beamte nahmen an der Sitzung teil, die wie fast alle Völkerbundsratssitzungen nicht öffentlich war. Ishij präsidierte und verlas seinen Bericht über die oberschlesische Frage.

Genf, 30. August. (WTB.) Der Völkerbundrat hat nach seiner gestrigen Sitzung folgende Mitteilung ausgegeben: Gewisse Zeitungen haben angekündigt, daß der Völkerbundrat bei der Prüfung der oberschlesischen Frage Vertreter Polens und Deutschlands berufen würde, weil er Vertreter Polens und Litauen bei der Debatte über die Wilnafrage und Vertreter Finnlands und Schwedens bei der Debatte über die Aalandsinseln zuließ. Der Rat konnte nicht verhehlen, die Frage zu prüfen, ob die deutsche Regierung und die polnische Regierung zugelassen werden sollen, um ihre Bemerkungen vorzubringen, aber es besteht keine Analogie zwischen der oberschlesischen Frage und der Aalandsfrage oder dem Wilna-Problem. Der Oberste Rat war es, der mit dieser Frage an den Völkerbundrat herantrat, und nicht an Polen oder Deutschland. Außerdem war es nach dem Versailler Vertrag, den Polen unterzeichnet haben, Sache der im Obersten Rat vertretenen Mächte, die Grenze in Oberschlesien zu bestimmen. Für den Völkerbundrat gibt es keinen deutsch-

---

Waldwinkel.

Erzählung von Theodor Storm.

(10. Fortsetzung.)

Am Waldesrande waren jetzt in seltener Fülle die tiefroten Hagerosen aufgebrochen. Wenn gar so schwül der Duft auf ihrem Wege stand, ergriffen sie sich wohl an den Händen und erhoben schweigend die glänzenden Augen gegeneinander. Sie atmeten die Luft der Wildnis, sie waren die einzigen Menschen, Mann und Weib, in dieser träumerischen Welt.

— — Einmal, nach langer Wanderung, da die Sonne funkelte und schon senkrecht ihre Mittagsstrahlen herabsandte, waren sie unerwartet an den Rand des Waldes gekommen. Sanft ansteigend breitete ein unabsehbares Kornfeld sich vor ihnen aus; es war in der Blütezeit des Roggens: mitunter wehten leichte Duftwolken darüber hin; bis gegen den Horizont erblickte man nichts als das leise Wogen dieser bläulich silbernen Fluten.

Da klang von fern das Gebimmel einer Glocke; weit hinten, drüben aus dem Grunde, wo wohl das Schloß gelegen sein mochte; gleich einem Rufen klang es durch die stille Mittagsluft, und wie hingezogen von den Lauten schritt Franziska in das wogende Aehrenfeld hinein, während Richard, an einen Buchenstamm gelehnt, ihr nachblickte. — Immer weiter schritt sie; es wallte und flutete um sie her; und immer ferner sah er ihr Köpfchen über dem unbekannten Meere schwimmen. Da überfiel's ihn plötzlich, als könne sie ihm durch irgendwelche heimliche Gewalt darin verlorengehen. Was mochte auf dem unsichtbaren Grunde liegen, den ihre kleinen Füße jetzt berührten? — Vielleicht war es keine bloße Fabel, das Erntekind, von dem die alten Leute reden, das dem, der es im Korne liegen sah, die Augen brechen macht! Es lauert ja so manches, um unsere Hand, um unsern Fuß zu fangen und uns dann hinabzureißen, — — „Franzi!" rief er; „Franzi!"

Sie wandte den Kopf. „Die Glocke!" kam es zurück. „Ich will nur wissen, wo die Glocke läutet!"

„Das gilt nicht uns, Franzi; das ist die Mittagsglocke auf dem Schloß!"

Sie wandte sich um und kam zurück. Er schloß sie leidenschaftlich in die Arme. „Weißt du nicht, daß es gefährlich ist, so tief in ein Aehrenfeld hineinzugehen?"

„Gefährlich?" Sie sah ihn seltsam lächelnd an. Dann tauchten sie in ihren Wald zurück.

— — Ein andermal, nach einem schwülen Tage, waren sie erst spät am Nachmittag hinausgegangen. — Als der Abend schon tief herabsank, ruhten sie am Ufer eines großen Waldwassers, das rings von hohen Buchen eingefaßt war. Zu ihren Füßen, trotz der regungslosen Stille, schwankte das Schilf mit leisem Rauschen aneinander; drüben hinter dem jenseitigen Walde, der seine Schatten auf dem Wasserspiegel warf, zuckte dann und wann ein Wetterschein empor; Irrsbuft wehte über den See, und ein lautloser Blitz erleuchtete ihn.

Er hatte sich über sie gebeugt und ließ es wie ein Spiel an sich vorübergehen, wenn ihr blasses Antlitz aus dem Dunkel auftauchte und wieder darin verschwand. „Weißt du," sagte er, — „es heißt, man solle in den Augen eines Weibes noch mitunter das Schillern der Paradiesschlangen sehen. Eben, da der Blitz flammte, sah ich es in deinen Augen."

„Schillerte es denn schön?" fragte sie und hielt ihre Augen offen ihm entgegen.

„Betörend schön."

Und wieder flammte ein Blitz.

„Du bist ein Tor, Richard!"

„Ich glaube es selber, Franzi."

Und er legte den Kopf in ihren Schoß, und zu ihr emporblickend, sah er wieder und wieder die Wetterscheine in ihren dunklen Augen zucken.

— — So floß die Zeit dahin. Eines Vormittags aber, als von den Fenstern des Wohnzimmers aus vor dem niederrauschenden Regen der Tannenwald nur noch wie eine graue Nebelwand erschien und die Drachenköpfe unaufhörlich Wasser von sich spieen, stand Richard sinnend und allein an seinem Schreibtische, nur mitunter wie abwesend in den trüben Tag hinausblickend.

Franzi trat herein; er hatte sie heute noch nicht gesehen; am Frühstückstische hatte er vergebens auf sie gewartet. Jetzt ging sie schweigend auf ihn zu, drückte ihre Augen gegen seine Brust und hing an seinem Halse, als sei sie nur ein Teil von ihm. Er legte seinen Arm um sie, aber er küßte sie nicht; seine Gedanken waren bei anderen Dingen. Er merkte es kaum, als sie plötzlich wieder aus seinem Arm und aus dem Zimmer sich hinweggestohlen hatte.

Als bald draußen wegen einer wirtschaftlichen Bestellung Frau Wieb ins Zimmer trat, fand sie ihren Herrn vor einer aufgezogenen Schieblade stehen, aus der er allerlei Papiere auf die Tischplatte hervorgekramt hatte. Es waren zum Teil Scheine, deren Vorlegung bei gewissen Lebensakten die bürgerliche Ordnung von ihren Mitgliedern zu verlangen pflegt.

„Sag' mir, Wieb," rief er der Eintretenden zu, „in welcher Kirche bin ich denn getauft? Du bist ja damals dabei gewesen."

„Wie?" fragte die Alte und hielt ihr Höhrrohr hin.

„In welcher Kirche?"

„Nun ja; mir fehlt der Taufschein; man muß seine Papiere doch in Ordnung haben."

Nachdem er noch einmal in das Höhrrohr gerufen hatte, nannte sie ihm die Kirche.

Aber er hörte schon kaum mehr darauf.

„Nein, nein!" sagte er mit leisen, aber scharfen Lauten vor sich hin, indem er wie abwehrend seine Hand ausstreckte. „Wen geht's was an! Es soll mir niemand daran rühren!"

Als er sich umwandte, stand seine alte Wirtschafterin noch im Zimmer; das Muster der Tapete, das sie mit Aufmerksamkeit betrachtete, schien sie festgehalten zu haben. Er fragte sie: „Was sieht du denn an den verderblichen Blumen, Wieb?" (Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210830-18/fragment/page=0002

polnischen Konflikt, gibt es keine Parteien, zwischen denen ein Schiedsspruch zu fällen wäre. Es handelt sich um einen Vorschlag, der in Anwendung einer Klausel des Versailler Vertrages an den Oberste Rat auf sein Ersuchen zu richten ist.

Klarheit.

Von Otto Braun.

Die zwölf Revolverschüsse, mit denen nationalistische Meuchelmörder aus dem Lager derer um Ludendorff und Helfferich dem Leben Erzbergers ein Ende bereitet haben, haben wie mit Blitzlicht die Situation beleuchtet, in die wir durch die Regierungswurstelei der letzten Monate geraten sind.

Jetzt muß Klarheit geschaffen werden. Wir müssen klar sehen, wie es um uns steht.

Wir müssen Gewißheit erlangen, ob die an Förderung grenzende Nachsicht der für Reichswehr, Polizei und Justiz verantwortlichen Regierungsstellen dem provozierenden Treiben monarchistisch-putschistischer Desperadopolitiker gegenüber andauern soll, bis eines schönen Tages die amnestierten Kappgesellen wieder in die Wilhelmstraße einmarschieren und das aus tausend Wunden blutende Deutschland in neue blutige Wirren stürzen.

Die jetzigen Zustände sind ein Skandal. Durch sie wird die deutsche Republik zur Farce herabgewürdigt und in der Welt um jeden politischen und moralischen Kredit gebracht.

Jene Elemente, die durch ihre verbrecherische Kriegspolitik das deutsche Volk in das unsägliche Elend gestürzt haben, die im November 1918 beim Zusammenbruch ihres wahnsinnigen Vabanque-Spiels, gepeitscht von ihrem schlechten Gewissen, feige ins Ausland verschwanden, oder sich im Inlande vor dem Zorn des belogenen und betrogenen Volkes verkrochen, sie besitzen bereits wieder die unglaubliche Unverfrorenheit, öffentlich aufzutreten und nach ihrer erbärmlichen Kriegslügenmethode das Volk irre zu führen. Dieses verderbliche Treiben wird ihnen nicht nur ermöglicht durch die Millionen jener, die im Kriege ungeheure Kriegsgewinne eingeheimst haben und auch jetzt noch das Volk durch schamlosen Wucher ausplündern, sondern es wird auch aktiv und passiv unterstützt durch behördliche Organe der Republik.

Ist es nicht beschämend für das deutsche Volk, das sich vor zwei Jahren in Weimar seine republikanische Verfassung gegeben hat, daß die Flagge der Republik heute offen in den Schmutz getreten werden kann und der republikanische Staatsanwalt den Arbeiter, der sich im berechtigten Unmut an der schwarz-weiß-roten Fahne vergreift, ins Gefängnis wirft, wohingegen er die Schänder der schwarz-rot-goldenen Fahne der Republik frei umherlaufen läßt?

Ja, wir müssen sehen, wie ein von der Republik bezahlter Pfarrer sich weigert, unter der Fahne der Republik die Gedenkrede für die im Kriege Gefallenen zu halten und damit das Signal zum Herunterreißen der schwarz-rot-goldenen Fahne gibt.

Wir müssen ferner sehen, wie die Marine weiter mit auf ihre Berechtigung, diese Flagge bis zum 1. Januar 1922 der schwarz-weiß-roten Flagge führt und hohnlachend sich zu führen, berufen kann, weil unsere Industrie offenbar so leistungsunfähig ist, daß sie zwei Jahre zur Anfertigung der neuen republikanischen Flaggen braucht.

Wir erleben jetzt, wie Etappenkämpfer und Kriegsgewinnler aller Grade sich in monarchistischen, kriegshetzerischen Radauveranstaltungen ergehen, die Republik, die Regierung in unflätigster Weise beschimpfen und die Fahne der Republik buchstäblich in den Staub werfen. Und was das betrübendste dabei ist, die unter einem demokratischen Minister stehende Reichswehr stellt die Musik dazu, salutiert und stimmt in Uniform oder Zivil begeistert ein in das Hoch auf den „obersten Kriegshern". Die gleichfalls unter einem demokratischen Minister stehende Schupo aber muß dafür sorgen, daß dieses schöne Spiel nicht durch republikanische verfassungstreue Banden gestört wird.

Und um das Bild abzurunden, fordert der Reichslandbund die Landwirte offen zum Lieferstreik, also zur Aushungerung der Bevölkerung auf, wenn die Landwirte gerecht besteuert werden, wenn sie von ihren hohen Gewinnen einen kleinen Bruchteil herausgeben, auf dem Altar des Vaterlandes opfern sollen.

Wahrlich, wir haben es weit gebracht seit dem 9. November 1918. Es scheinen die recht zu bekommen, die behaupten, damals wäre nur halbe Arbeit gemacht.

Schon einmal nach einer Revolution, 1848, hat die Feigheit des Bürgertums, die Angst um ihr Portemonnaie Preußen und dann Deutschland wieder unter die Knute des herrschlüchtigen Junkertums und der arroganten Militärkaste gebracht.

Soll es wieder so gehen? Wir sind auf dem besten Wege dazu, wenn die verhängnisvolle Indolenz der verantwortlichen Stellen gegenüber dem verbrecherischen selbstsüchtigen Treiben der Rechtsbolschewisten anhält.

Starke Worte, Beschwörungen und Proteste sind hier nutzlos. Dazu ist die chauvinistisch-putschistische Verseuchung bereits zu weit vorgeschritten. Hier kann nur die Tat helfen, nur durch brutale Rücksichtslosigkeit kann das Unheil in seinem Lauf noch aufgehalten, Deutschland vor einem blutigen Bürgerkrieg bewahrt werden.

Wir müssen daher Klarheit haben, ob die bürgerlichen Mittelparteien zu dieser Tat bereit sind. Und schnell muß diese Klarheit geschaffen werden, denn die Sozialdemokratische Partei kann nicht eine Stunde länger die Mitverantwortung tragen für eine Politik, die den Totengräbern der Republik und der Demokratie einen Freibrief gewährt und die Verteidiger der Republik den deutschnationalen Staatsanwälten und Meuchelmördern als Freiwild ausliefert.

Es ist unerträglich für die Partei, daß ein sozialdemokratischer Reichsinnenminister länger die Verantwortung für die Aufrechterhaltung wichtiger verfassungsmäßiger Rechte in Bayern und Ostpreußen trägt, die dieser Gebiete zu Schlupfwinkeln der verbrecherischen nationalistischen Elemente macht und den dortigen reaktionären Gewalthabern die Möglichkeit gibt, den Kampf gegen die Republik zu fördern und das tatkräftige Eintreten für Republik und Demokratie zu unterbinden.

Kann der Minister die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die längst eine politische Notwendigkeit ist, beim Reichspräsidenten und im Kabinett nicht durchsetzen, dann muß er und die Partei die Konsequenzen daraus ziehen.

Die Fortwurstelei muß ein Ende haben. Sie führt uns unrettbar in einen Sumpf, in den die Partei nicht mitgerissen werden darf.

Bis zum Parteitag sind noch drei volle Wochen. Es erscheint mir daher dringend geboten, daß schnellstens Parteiausschuß und Reichstagsfraktion zusammentreten, um unter Hinzuziehung von Vertretern der einzelnen Landesparlamente zu der kritischen Lage Stellung zu nehmen.

Veränderter Programmentwurf.

Nach der ausgiebigen Diskussion des ersten Entwurfs eines neuen Parteiprogramms in der Presse und den Organisationen hat die Programmkommission noch einmal den ganzen Fragenkomplex durchberaten. Sie legt jetzt dem Parteitag in Görlitz den folgenden, in wesentlichen Punkten

abgeänderten Entwurf

vor:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre ernste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich als unfähig erwiesen, den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten steht die große Mehrheit der mit Not und Elend Kämpfenden gegenüber.

Der Weltkrieg und die Friedensdiktate haben die kapitalistische Entwicklung noch verschärft. Die in den Wegen der kapitalistischen Wirtschaft begründete fortschreitende Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen ist noch beschleunigt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: Weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und die Vernichtung bisher selbständiger Existenzen. So weitet sich die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Besitz und Nichtbesitz.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeosie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelspekulanten und Geldwucherern empor. Diesem Aufstieg sozial wertloser, ja gesellschaftsschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens durch den Einfluß des Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen zu imperialistischer Ausdehnung, zu Erdberung neuer Anlage- und Absatzmärkte. Sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört weiterschütternde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe durch Sozialisierung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische Gemeinwirtschaft überführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Auf- und Ausbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit entwickelt und zu lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden.

Hierzu wirken geistig befruchtend, wirtschaftlich erziehend, die Kampfkraft gegen den Kapitalismus stärkend die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Ferner ist unerläßlich die Festigung der Deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch der Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft.

Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die auf die Verwirklichung des Sozialismus gerichtete Arbeit bleibt aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und die internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, stellt die Sozialdemokratische Partei als Aktionsprogramm und als Ziel ihres Wirkens Forderungen auf.

Die wirtschaftlichen Forderungen

sind:

Die Bodenschätze und Naturkräfte sind der privaten Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Aller Privatbesitz an kapitalistischen Produktionsmitteln vor allem die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts, solange sie noch nicht in öffentliche Betriebe überführt sind, sind vom Reiche zu kontrollieren, in der Leistungsfähigkeit zu steigern und in ihrer Preisregelung zu beaufsichtigen.

Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reiches und aller Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung und unter Vermeidung der Bureaukratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Verbrauchergenossenschaften.

Für die landwirtschaftliche Produktion und für die in ihr Beschäftigten.

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Erleichterung des schweren Daseinskampfes des Kleinbesitzes, vor allem Förderung des genossenschaftlichen Betriebes zur Ausnutzung der landwirtschaftlichen Maschinen, zum Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln.

Bis zur Sozialisierung des Getreidehandels die Organisierung des Verkaufes landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Genossenschaften der Landwirte, eventuell durch Zwangsgenossenschaften. Förderung der Siedlungen unter Wahrung der höheren Rechte der Allgemeinheit.

Intensivierung der Landwirtschaft und Vermehrung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens mit finanzieller Unterstützung des Reiches, der Länder und der Gemeinden. Kontrolle der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, Vorkaufsrecht von Reich, Ländern und Gemeinden bei jeder Besitzänderung.

Maßnahmen gegen Veräußerung von Grund und Boden, der dem Reich oder anderen öffentlichen Körperschaften gehört.

Sozialisierung des Großgrundbesitzes und Anbahnung des Hypothekenwesens.

Zur Ordnung der Reichsfinanzen

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.

Sonderbesteuerung der von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffenen Vermögensbestandteile.

Ausreichende Besteuerung der landwirtschaftlichen Ueberschußwirtschaft.

Sicherung und Weiterbesteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie ihre Anpassung an die Wertveränderung und Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals.

Erhöhte Besteuerung jedes verschwenderischen Ueberverbrauchs.

Fortschreitende Erfassung der Steuer an der Quelle.

(Schluß folgt.)

Gewerkschaftliches.

Keine Zersplitterung der Hilfsaktion für Rußland.

(J. G. B.) Der Internationale Gewerkschaftsbund faßte auf der Berliner Konferenz, die am 13. und 14. August stattfand, einmütig den Beschluß, „die schon im Gang befindlichen Sammlungen" für die Hungernden in Rußland „im Interesse ihrer sofortigen und wirksamen Verwendung zusammen zu fassen, zu erweitern und zu zentralisieren".

Zu dieser großen Aufgabe internationaler Solidarität war keine Arbeiterorganisation in gleichem Maße berufen wie die Amsterdamer Internationale. Sie vereinigt in ihren Reihen Gewerkschafter jeder politischen Richtung und Anhänger aller drei politischen Internationalen. Trotz der gerade gegen sie gerichteten ununterbrochenen Angriffe der Kommunisten zögerte sie keinen Augenblick, sich zum Anwalt der Hungernden in Rußland zu machen. „Die Vereinheitlichung der gesamten proletarischen Hilfsaktion" war dadurch gewährleistet, daß die Amsterdamer Internationale mit der Tat bewies, daß für sie Gesichtspunkte der Taktik die internationale Einheit der Arbeiterbewegung nicht zu erschüttern vermögen.

Als sie ihren Beschluß bereits gefaßt hatte, trat das Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland, der Sekretär Münzenberg und ein deutscher Vertreter mit dem Ersuchen an den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, Mertens, Dudegeest und Jimmen heran, eine Internationale Zentralstelle zur einheitlichen Leitung des Hilfswerkes zu schaffen. Zu diesem Antrag konnte sich der Vorstand nur ablehnend verhalten. Sein Beschluß bot genügende Gewähr zur Vereinheitlichung der Hilfe. Diese Ansicht wurde durch die Aeußerungen der Presse in allen Ländern bestätigt. Außerdem erhöhte die bisherige Haltung der Kommunistischen Internationale und ihrer Führer eine Begladigung dieses Antrages, eine direkte Aufforderung ihres Vorstandes zur gemeinsamen Aktion.

Diese Vorsicht war nicht unbegründet. Selbst diese Gelegenheit, wo internationale Kameradschaft die Lösung sein sollte, wird zu mehr oder minder versteckten Angriffen auf die Amsterdamer Internationale mißbraucht. Es ist eine bedenkliche Methode für die Einheit des russischen Hilfswerkes zu sorgen, wenn neuerdings das Auslandkomité die Behauptung verbreitet, daß „gerade die politisch Interessiertesten, die meist auch gleichzeitig die organisatorisch regsamsten und aktivsten Arbeiter sind, durch die Verbände des Internationalen Gewerkschaftsbundes nur zum Teil erfaßt werden."

Gerade zu niedrig aber ist die gemeine Verdächtigung, die das Exekutivkomité der kommunistischen Internationale in einem Schreiben vom 13. August an den Parteitag der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands auszusprechen sich nicht scheut:

„Die Frage der Hilfeleistung der hungernden Gouvernements Sowjetrußlands ist eine der wichtigsten aktuellen, politischen Fragen. Die Kampagne um diese Frage fängt erst an und es wird zweifelsohne ein politischer Kampf entbrennen: Die internationalen Sozialdemokraten und die Unabhängigen, wie auch ihre Schutzherren, die Burgeois, werfen mit einem jeden Tage die Maske immer mehr von sich und zeigen den wahren Geist ihrer „Unterstützung." Die Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands muß im Stande sein, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und alle Werktätigen, die Sowjetrußland helfen wollen, um sich zu vereinigen."

Dieses Schreiben ist vom gleichen Tage datiert wie der einhellige Beschluß der Amsterdamer Internationale zur Hilfe für Rußland. Da das Auslandkomité für Russenhilfe im Auftrag der Kommunistischen Internationale handelt, wirft die angeführte Stelle vielleicht auch ein Streiflicht auf den wahren Charakter seiner „Vereinheitlichung" der Hilfsaktion.

In diesem Augenblick diesen Entstellungen und Verleumdungen entgegen zu treten entspricht nicht der Größe der Aufgabe, die der Internationale Gewerkschaftsbund übernommen hat.

Um der drohenden Zersplitterung der Hilfsaktion für Rußland und Georgien vorzubeugen, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund im Einklang mit seinen bereits veröffentlichten Kundgebungen alle Arbeiter auf, das für die Linderung der Not in Rußland bestimmte Geld an die von den Landeszentralen der Gewerkschaften bestimmten Sammelstellen abzuliefern, damit unseren russischen Kameraden auf schnellstem Wege tatkräftig geholfen werden kann.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erwartet von allen Arbeitern, daß sie trotz der unwürdigen Unterstellungen Sinowjews ihr Bestes tun werden, um das Hilfswerk für Rußland zu einem Wahrzeichen proletarischer Gemeinschaft zu machen. Keine bessere Antwort kann der Kommunistischen Internationale erteilt werden, als für schnödes Mißtrauen durch Opferwilligkeit zu beschämen.

Erfindung für die Dreherei. Es ist bekannt, daß in der Dreherei die Wechselräder bei den verschiedenen Gewinden berechnet werden müssen, wobei oft viel Zeit unnütz vergeudet wird. Eine diesen Uebelstand beseitigende von Herrn Erich Huthmann, Haiger Dillkreis wohnhaft, gemachte Erfindung wurde vom Patentamt unter Nr. 588.225 gesetzlich geschützt. Durch sie ist es möglich, für die täglichen vorkommenden Gang-Millimeter sowie Modulgewinde in wenigen Sekunden passende Rädersätze zu finden, ohne zu rechnen, und zwar für Drehbänke mit einer Leitspindel von 2, 3 und 4 Gang. Die Vorrichtung zeigt die Rädersätze bei ein und derselben Steigung mehrfach mit verschiedenen Rädersätzen an, was aus praktischen Gründen oft von sehr großer Wichtigkeit ist. Hat man zum Beispiel eine Schnecke von 8 Modul anzufertigen, so findet man nicht weniger als 4 verschiedene Rädersätze zu dieser einen Steigung. Jeder Vorrichtung ist ein Lehrgang, sowie Gebrauchsanweisung beigefügt, welche die verschiedensten wichtigen Berechnungen der Dreherei veranschaulicht. Die Anschaffung der Vorrichtung ist jedem Interessenten zu empfehlen. Der Preis beträgt 5 Mark das Stück und ist vom Erfinder, sowie von der Parteibuchhandlung zu beziehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210830-18/fragment/page=0003

Kommunistischer Parteitag.

Die Parteitags-Schlußsitzung.

Die Freitagssitzung begann erst kurz vor 12 Uhr, da die Redaktionskommission erst das Manifest der Partei ausbrüten mußte. Die Sitzung beginnt mit einem Referat von Friesland-Berlin über die „Lage in Sowjetrußland und die Hilfsaktion". Er rechtfertigte die nicht gerade revolutionäre Bauernpolitik damit, daß etwa 75% der russischen Bevölkerung kleinbürgerliches Bauerntum sei, auf das man hätte Rücksicht nehmen müssen. Ähnliche Rücksichten wären beim Aufbau der Roten Armee und bei der Frage der Horanzierung der Intellektuellen zu den Aufgaben der Sowjetrepublik geboten gewesen. Diese Taktik, die ökonomischen Kräfte im Bauerntum und Bürgertum ökonomisch und politisch der proletarischen Diktatur nutzbar zu machen, habe sich als allein richtig und gangbar erwiesen. Die jetzige Hungersnot in Rußland stelle einen schweren Schlag für den ruhigen Aufbau der Sowjetrepublik dar. An der Hilfsaktion für Rußland müßten sich die Kommunisten aller Länder eifrig beteiligen. Sie müßten es aber auch auf alle Fälle verhindern, daß die große Hilfsaktion für Rußland für konterrevolutionäre Zwecke nutzbar gemacht würde.

Eine Entschließung, die es für die Pflicht der deutschen Kommunisten erklärt, die russischen Brüder zu unterstützen, und zwar nicht nur aus allgemeiner Menschlichkeit, sondern weil es ein Akt sei in dem Kampfe der deutschen Arbeiterklasse um ihre Befreiung, fand einstimmige Annahme. Der Lohnkampf der Beamten, Angestellten und Arbeiter wurde sympatisch begrüßt und weitgehende Unterstützung zugesagt. Für die roten Gewerkschaften soll ein Kampffond gegründet werden, der sie zur Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben befähigt. — Unter stürmischen Beifall wurde ein Protest gegen die weiße Justiz angenommen. Es soll in den nächsten Wochen in ganz Deutschland für die Freilassung der politischen Gefangenen demonstriert werden. — Zu den neuen Steuervorlagen wurde die von einer Kommission ausgearbeitete Entschließung angenommen, die dem Steuerabzug schärfsten Kampf ansagt und weiter erklärt, daß die deutschen Arbeiter den Kampf gegen die Steuerabgaben nur gewinnen können, wenn sie ihn als politischen Machtkampf führen. Die Betriebsräte sollen sich auf diesen Kampf einstellen. Die Genossenschaften wurden in einer ebenfalls einstimmig angenommenen Entschließung für eine Notwendigkeit erklärt, aber es wurde als die Pflicht aller Kommunisten bezeichnet, in den Genossenschaften den kommunistischen Einfluß zu stärken. — Großen Jubel weckte zum Schluß die Meldung von der Meuterei einer Hundertschaft Schutzpolizei in Chemnitz, die es abzulehnt hatte, im Stahlhelm zu exerzieren und die dem Auflösungsbefehl des sächsischen Ministerpräsidenten sich wiedersetzt hatte.

Bei der Wahl der Parteizentrale erhalten Pieck und Meyer die höchste Stimmenzahl. Klara Zetkin und Rosi Wolffstein kommen weit dahinter. Können, Stöcker und Höllein fallen glatt durch und ebenso Geschke, der zum Trost dafür neben Maßlow in den Zentralausschuß kommt. Vorsitzender Pieck gibt den üblichen Rückblick auf die Verhandlung und sagte u. a.: die Wahl Klara Zetkins in die Zentrale beweise, daß abweichende Meinung keine geringere Achtung in der Partei nach sich ziehe, wenn nur die revolutionäre Disziplin gewahrt werde. Was krank sei, habe der Parteitag ausgeschieden.

Die Konferenzen der kommunistischen Gewerkschaftler in den folgenden Tagen sind nicht öffentlich.

Notizen.

Die Streiklage in Polen hat sich letzhin weite verschlimmert. Die gestern nachmittag auf den Posener Betriebsstätten zum Teil erschienenen Bahnbeamten verließen nach einigen Stunden wieder den Dienst. Der Stand des Verkehrs ist mithin unverändert.

Von Polen erschossen. In Lipine wurde der Bürgermeister meuchlings von Polen erschossen.

Das deutsch-italienische Handelsabkommen wurde in Berlin unterzeichnet.

Bieberach, 30. August. Nach neuester Meldung bleibt es dabei, daß Erzberger am Mittwoch beerdigt wird.

Die Yap-Frage. Zwischen Amerika und Japan ist eine Verständigung in der Yap-Frage erzielt worden.

Exkaiser Wilhelm hat den Abdruck der von ihm und Kaiser Friedrich verfaßten Briefe im dritten Band von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen gestattet.

Berliner Druckerstreik. Wegen Druckerstreiks konnten die Deutsche Allgemeine Zeitung, der Deutsche Reichs- und Preußische Staatsanzeiger nicht erscheinen.

Aus aller Welt.

Grausiger Mord und Selbstmord in Leipzig. Ein älteres Ehepaar wurde hier blutüberströmt, tot im Bett aufgefunden. Die Leiche des 59jährigen Mannes wies zahlreiche Verletzungen an Kopf, Händen und Beinen auf. Zweifellos hat er sich diese Verletzungen, wie die sofort am Auffindungsort erschienene Kriminalpolizei sowie die ärztlichen Sachverständigen festgestellt haben, selbst beigebracht, nachdem er seine 56jährige Ehefrau mit einem Beil erschlagen hatte. Der Grund zu der Tat dürfte darin zu suchen sein, daß die Ehefrau vor kurzem einen Schlaganfall erlitten hatte und der Ehemann nervenleidend war.

Schweres Automobilunglück. Ein schwerer Autounfall hat sich gestern vormittag zwischen 11 und 12 Uhr auf der abschüssigen Straße Herrnhut-Zittau an einer Straßenkurve zugetragen. Um die angegebene Zeit passierte der Zahnarzt Dr. Adler aus Sexstenberg (Niederlausitz) mit Frau und Kind diese gefährliche Stelle, wobei das Auto vermutlich infolge Versagens der Bremse in voller Fahrt gegen das Brückengeländer anrannte. Das Fahrzeug wurde völlig zertrümmert und die Insassen hinausgeschleudert. Dr. Adler flog unter dem Geländer hin durch in den über 8 Meter tiefer liegenden Bach und trug so schwere Verletzungen davon, daß er sofort nach seiner Einlieferung in das Zittauer Stadtkrankenhaus starb. Frau Adler sowie ihr kleiner Sohn und der Kraftwagenführer erlitten leichtere Verletzungen.

Ein Frauenmord bei Hamburg. Die Staatsanwaltschaft gibt über einen Leichenfund in Nienstedten folgendes bekannt: Am 26. Aug. wurde am Elbstrand in Nienstedten der Rumpf einer offenbar vor ganz kurzer Zeit getöteten Frauensperson gefunden, an dem sich noch die Arme befanden. Die fehlenden Teile sind von sachkundiger Hand mittels eines scharfen Instruments vom Körper getrennt. Der Fund befand sich in einem Wäschesack aus braunem Segeltuch, der an der oberen Kante mittels eines Vorhängeschlosses geschlossen war. Der Tod der Frau ist durch Stiche ins Herz herbeigeführt. Die Getötete wurde als die Ehefrau Klara Fründ aus Hamburg erkannt. Als Mörder wurde der praktische Arzt Dr. Karl Fink in Hamburg, geboren am 5. Dezember 1889 in Nagold (Württbg.) ermittelt, der mit der Getöteten im Verkehr gestanden hatte und seit dem 27. August mit seinem Motorrad verschwunden ist.

Schweres Eisenbahnunglück in Polen. Nach einer Matinmeldung aus Warschau entgleiste ein mit in die Heimat zurückkehrenden Polen aus Rußland kommender Zug bei Baranowitschi. Dreizehn Personen wurden getötet, zwanzig verletzt.

Königsberg. 29. August. W. T. B. meldet. Auch bei der Insterburger nationalen Tannenbergfeier kam es zu Reibungen mit den gleichzeitig gegen den Brotwucher und die Kriegshetze demonstrierenden Sozialdemokraten, ohne daß es nennenswerte Verletzungen gab.

Wetterbericht

31. August. Vielfach heiter, trocken, Nacht kühl, Tag ziemlich warm. Stellenweise Morgennebel. — 1. September. Zunehmend bewölkt, warm, später Regen und vielfach Gewitter mit Abkühlung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Garbe, für den Anzeigenteil Wilhelm Herzig, beide in Halle.

Werbt neue Leser für Euer Blatt!

B. B.B. **Beth's Bunte Bühne.** Vornehme Künstlerspiele.

Heute Dienstag, den 30. August

Ehrenabend für Rudolf Mälzer!

Herr Mälzer wird u. a. vortragen: „Die Zimmervermieterin" — „Der Feuerwehrmann." — „Die Eisenbahn." —, Asta Nielsen."

Zum Schlusse: **Grosses Brillant-Feuerwerk.**

DEUTSCHER RENTNERBUND.

Ortsgruppe Halle und Umgebung.

Wichtige Mitgliederversammlung

Freitag, den 2. Sept., nachm. 3 Uhr. Aula Stadtgymnasi. Hierzu sind auch alle Rentner und Rentnerinnen, welche dem Verein bisher noch fernstehen, willkommen.

Der Vorstand.

Sangerhausen

Protest-Versammlung

der U. S. P. D. — S. P. D. — V. K. P. D. und Gewerkschaftskartell

am Mittwoch, den 31. August, abends 1/2 8 Uhr im Garten und Saal der „Schweizerhütte"

Thema:

„Gegen das reaktionäre Mordregiment"

Referent: Redakteur Gottlieb Kasparek.

Männer und Frauen erscheint in Massen zum Protest gegen die Arbeitermörder. — Keiner fehle.

Der Einberufer.

Patent- und Auflege- **Matratzen** kauft man zu vorteilhaftesten in der Patent- und Auflege-Matratzenfabrik O. Kaseler. Kontor Steinweg 19a. Fernr. 4235.

Bei krankh. Störungen u. Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen Jahren erprobten echten Menstruationstropfen

„Frebar", extrastark.

Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflaschen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: Adler-Apotheke, Geiststr. 15; Sanitas-Depot, Leipzigerstr. 11; E. Kertscher, Leipzigerstr. (Ecke Poststraße); E. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41. M. Walisgott Nachf., Gr. Ulrichstraße 30. Albert Schumann, Steinweg 46/47. Fritz Speer, Große Ulrichstraße 63.

Schreibwaren, Ansichtskarten, Künstlerkarten

Naumburger Volksbuchhandlung

Markt 10.

Buchhandlung Volksstimme Halle.

Das neue Allgemeine Mitteldeutsche Fahrplanbuch

Sommer-Ausgabe 1921

Preis 5.— Mk.

ist erschienen und zu beziehen durch die

Buchhandlung der Volksstimme. Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27.

Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse

Preis 5 u. 7.50 Mk. Nimm Riesolda an der Weise: Augenblicklich wird gesund Tier u. Mensch u. Katz' u. Hund! Preis 5 u. 7.50 Mk.

in 1/2 Stunde vernichten Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderläuse sow. Brut (Nits) Wanzen, Flöhe bei Mensch u. Tier. „Riesolda", e. gesch. Mitt. Wand. unschädl. Verk. nur Schurig, Steinweg 10. Postv.

Merseburg: Wenzel, Friß. Oberburgstr. 6 Naumburg: Hoppe, Frit Herrenstr. 1

Stellen finden.

Mehrere Bezirkssekretäre für die S.P.D. gesucht.

Bevorzugt werden Genossen, die schon längere Erfahrungen in der Parteibewegung haben und in der Agitation bewandert sind, wie auch Wort und Schrift beherrschen.

Meldungen mit selbstgeschriebenem Lebenslauf sind beim Genossen Reinhold Vetter, Halle a. S., Klausbergstraße 6a einzureichen.

Der Bezirksverband der S.P.D. Halle.

Maurer stellt ein J. C. Möbus, Baugeschäft, Ammendorf.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Filiale Halle.

Die Filiale Halle a. S. sucht zum 1. Oktober einen

Ortsbeamten.

Bewerber müssen 5 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft sein, rednerische und organisatorische Beschäftigung besitzen, sowie Verhandlungen mit Behörden führen können. Bewerbungsschreiben mit selbstgeschriebenem Lebenslauf und einem Aufsatz über die Aufgaben eines Ortsbeamten sind bis 15. September an Aug. Treunert, Halle a. S., Franzosenweg, Med. Pol.-Klinik, zu richten. Gehalt nach den Beschlüssen des Nürnberger Verbandstages.

Sangerhausen.

Für das Kreiswohlfahrtsamt (Fürsorgestelle d. K. B. u. K. H.) wird eine Schwester als

Bezirksfürsorgerin

gesucht. Grundbedingung: Erfahrung in der Säuglingspflege-Tuberkulosenfürsorge und mit der sozialen Gesetzgebung vertraut. Staatl. Prüfung nicht Bedingung. Dafür volles Verständnis der sozialen Not unbedingt erforderlich.

Bewerbungen mit Lichtbild und Zeugnissen bis zum 15. September erwünscht an das

Kreiswohlfahrtsamt Sangerhausen

Abtl. f. Kriegsbeschädigte u. Hinterbliebene.

Zu verkaufen

KINO

Stadt Mitteldeutschl., 60000 Einw., 200 Sitzpl., neu herger., konkurrenzl. Lage, äußerst preisw. für 60 Mille per sof. zu verkaufen. Kl. Wohnung kann übern. werd. Off. unt. W. 3920 an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Vermischtes

Schmierseife Seifenpulver Kernseifen

empfiehlt für Wiederverkäufer und Großbezieher

F. W. Paul Richter, Halle a. S., Magdeburgerstraße 11 Fernruf 5797.

Ia. Hundekuchen wieder vorrätig. „Eiverge" e. G. m. b. H., Große Märkerstraße 5.

Pianos gediegen und preiswert bei bequem. Zahlweise Erstklassige Ausführung. Sicherste Garantie. Albert Hoffmann, Am Riebeckplatz 1.

Zurückgekehrt Dr. Boye, Markt, Löwenapotheke.

Von der Reise zurück! Nervenarzt Dr. Rühle Halle a. S. Schillerstr. 10/11.

HUTE

zum Umpressen und Färben in schwarz und farbig auf moderne, schicke Formen werden jetzt angenommen. Formen zum probieren sind in großer Auswahl am Lager. Auch Herrenhüte werden umgepreßt und gefärbt. Übergangshüte und Samthüte arbeite nach neuesten Modellen um.

Fa. Else Pitzschker, Inhaber M. Emsel. Große Ritterstraße 1. Große Ritterstraße 1.

Eine ganze für nur **Bibliothek neun Mark**

erhalten Sie durch das „Wirtschaftliche Arbeitnehmertaschenbuch". Enthält alles, was man i tägl. Leben rasch wissen muß, z. B.: Verlassung, Friedensvertrag, Heerwesen, Finanzen, Steuergesetze, Eisenbahnwesen, Auswanderung, Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände, Wirtschaftssysteme, Parteiwesen, Redekunst, Massenpsychologie, Sowjetrussland, Arbeiter- und Angestelltenrecht, Betriebsrätrecht, Soziale Versicherung, Reichsversorgungsgesetz, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialisierung, Gewinnbeteiligung, Indexziffern, Taylorsystem, Schulwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Valuta, Einkommen usw.

Preis Mark 9.—

Buchhandlung Volkstimme

Gr. Ulrichstrasse 27.

Vereins-Anzeiger

zur Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen

der Sozialdem. Partei,

Bezirksverband Halle. Harz 42/44. Fernruf 6900.

Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Falkenberg. Arbeiterjugend. Mittwoch, den 31. August, abends, in Wirths „Gesellschaftshaus" öffentliche Jugendversammlung der Arbeiterjugend. Genosse Wortz-Halle spricht über das Thema: „Was will die Arbeiterjugend?" Alle Jugendlichen und Parteigenossen sind zu dieser Versammlung eingeladen, damit sich jeder über Zweck und Ziele der Arbeiterjugend unterrichten kann.

Merseburg. Ortsverein SPD. Freitag, den 2. September, abends 7 Uhr im „Parteibureau" Funktionärsitzung mit Bezirksleitern u. Vergnügungsausschuß. Recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Anschließend abends 1/2 9 Uhr Sitzung der Funktionäre für den 2. Unterbezirk. Sehr wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Funktionäre sehr notwendig.

Die Vorstände.

Löbnitz a. d. Linde. Sonnabend, den 3. September. Monatsversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210830-18/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Heute, Dienstag abend, 7½ Uhr, außerordentliche Funktionärsitzung in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße 14. In Anbetracht der hochpolitischen Lage ist das Erscheinen aller Funktionäre dringend notwendig. **Der Ortsvorstand.**

Achtung! Kindergruppe. Heute abend ½5 Uhr bis ½7 Uhr Spiel und Tanz auf der Peißnitz. Zahlreiches Erscheinen aller wird erwünscht. **Die Arbeiter-Jugend.**

Arbeiter-Jugend. Heute abend von ½7 Uhr ab Spiel und Tanz auf der Peißnitz. Wir bitten um pünktliches Erscheinen, da wir von jetzt ab unsere Außenveranstaltungen mit Einbruch der Dämmerung schließen wollen. **Der Vorstand.**

Frauengruppe der S. P. D. Halle. Mittwoch, den 31. August 1921, abends 8 Uhr, Zusammenkunft bei Wilsdorf, Karlstraße 14.

Tagesordnung:

I. Vortrag des Gen. Petersdorff, Berlin, über: „Die Sozialdemokratie einst und jetzt.

II. Wahl der Delegierten zum Bezirksfrauentag

III. Verschiedenes.

Genossinnen, sorgt für guten Besuch! Gäste können eingeführt werden. **Der Vorstand.**

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 30. August 1921.

Zur Niederwerfung der hallescheu Metallarbeiter.

Nach meiner Rückkehr aus Stuttgart ersehe ich aus der „Tribüne", daß man das an den Vorstand des D. M. V. gerichtete Schreiben betr. Wiedervereinigung der hallescheu Metallarbeiter veröffentlicht hat und keinerlei kritische Bemerkungen an das seinerzeitige Vorgehen des Vorstandes knüpft, was nach alles anderem als Bestreben nach Wiedervereinigung und „Einheitsfront" aussieht. Auch beschuldigt man den Vorstand des D. M. V. indirekt der Bosheitspolitik. Er beabsichtige, die Lerchenfeldstr. totzustreiken.

Nach der großen öffentlichen Versammlung im „Volksparkgarten", am Donnerstag, den 18. August, nahm ich Veranlassung, mit dem Kollegen Richard Müller vom Holzarbeiterverband über die gegen uns gerichteten Angriffe zu sprechen und ersuchte ihn, im Interesse des schweren Kampfes der hallescheu Metallarbeiter, daß jedweder Streit vermieden wird und Angriffe von der Lerchenfeldstraße unterbleiben, weil wir sonst gezwungen seien, aus unserer Reserve herauszugehen. Müller war ganz derselben Meinung und versprach, alles zu tun. Seine Bemühungen haben bei seinen Genossen, wie von Anbeginn des Kampfes aus der Zeitung zu ersehen ist, nichts genützt. Wir lehnen es aber trotzdem ab, auf all die Angriffe zu antworten angesichts der Schwere des Kampfes, welcher jetzt wegen Erringung besserer Lohnbedingungen geführt wird. Wir erklären aber schon heute, nach Beendigung des Streiks unzweideutig zu antworten.

Nur eins für heute — der Vorstand des D. M. V. war vom Stand der Lohnbewegung bis zum Mittwoch, den 17. August unterrichtet. Alle Vorgänge und Beschlüsse nach diesem Datum bekam er als vollendete Tatsache eugestellt. Die unterzeichnete Bezirksleitung des D. M. V. übernimmt aber für alles dieses als Vertretung des Vorstandes im hallescheu Bezirk die Verantwortung.

Nach Verständigung mit dem Vorstand gehen beide Instanzen, Vorstand und Bezirksleitung einig dahingehend, den Kampf, wenn möglich, recht bald zu beenden, ihn aber energisch und verschärft fortzusetzen, wenn es das Interesse der hallescheu Metallarbeiter gebietet. Zur Einigungsstrage selbst sei noch bemerkt: Am Montag, den 22. August war der Kollege Schäfer vom Vorstand zufällig in Halle. — Bei einer unverbindlichen Aussprache mit Weyer und Genossen ersuchte Schäfer, betr. Wiedervereinigung sofort einen Antrag an den Vorstand zu richten. Dieser in der „Tribüne" veröffentlichte Antrag gelangte in die Hände des Vorstandes am Freitag morgen, den 26. August.

Der Vorstand nahm sofort dazu Stellung und hat Folgendes per Einschreiben, welches Weyer spätestens heute früh erhalten haben muß, geantwortet:

27. August 1921.

Herrn
Paul Weyer,
Halle a. S.
Lerchenfeldstraße 14.

Einschreiben.

Werter Kollege!

Wir bestätigen den Eingang des Schreibens vom 24. ds. Monats, in welchem der Beschluß einer Versammlung vom 18. ds. Monats und anschließend daran Vorschläge für eine Zurückführung der im 2. Vierteljahr durch Einstellung der Beitragszahlung aus dem Verband ausgeschiedenen Mitglieder in Halle gemacht werden. Der Vorstand hat sofort zu dieser Frage Stellung genommen. Er ist selbstverständlich jederzeit zu Verhandlungen bereit, um den Wiedereintritt der oben genannten Kollegen in den D. M. V. zwecks einer einheitlichen Organisation der Metallarbeiter Halle's zu erreichen.

Mit dieser Erklärung ist bereits die Stellung zum dortigen Vorschlag unter 1 gegeben. Weitere Einzelheiten werden am besten in der Verhandlung selbst besprochen. Der Vorstand ist bereit, zwei seiner Mitglieder nach dort zu entsenden. Wir haben unserer Ortsverwaltung Abschrift dieses Schreibens zugestellt und sie ersucht, mit Ihnen einen Termin für die Verhandlungen zu vereinbaren. Wir setzen voraus, daß diese Verhandlungen bis spätestens 3. September abgeschlossen sind, da vom 5. bis 20. September Vorstandsmitglieder kaum abkömmlich sein werden.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand
i. A. Brandes.

Aus diesem Schreiben ist zu ersehen, daß der Vorstand gewillt ist, die Mitglieder wieder als „vollberechtigt" aufzunehmen. Bezüglich der anderen Punkte sollen Verhandlungen gepflogen werden. Es liegt nun an der Lerchenfeldstraße, recht bald einen Tag zwecks Verhandlungen festzulegen, damit die Wiedervereinigung so schnell wie möglich vor sich gehen kann. — Bemerkt sei noch: der Beschluß des Vorstandes ist ein einstimmiger, kam also einschließlich der im Vorstand sitzenden kommunistischen Kollegen zustande.

Willi Röbler,
Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
(Bezirk Halle.)

Kommunistischer Vorstoß auf das Gewerkschaftskartell.

Dazu erhalten wir noch folgenden Bericht:

Die von den Kommunisten beherrschten Gewerkschaften, die eine Zeitlang zum größten Teil dem Kartell nicht angehörten, versuchten in der letzten Kartellsitzung am Freitag, wieder die Macht an sich zu reißen. In der vorletzten Kartellsitzung hatten sie einen Antrag auf Neuwahl des Kartellvorstandes eingebracht, der nun in dieser Sitzung seine Erledigung finden sollte. Zielbewußt hatten die kommunistischen Kartelldelegierten versucht, diesen Antrag zur Annahme zu bringen. Die kommunistische Fraktion, die sie innerhalb des Kartells gebildet haben, und die ihrer zersetzenden Tätigkeit auch gute Dienste leistet, war durch verschiedene Notizen in der „Tribüne" mehrere Male zur Vorbesprechung eingeladen worden, und nachdem sie bei gehörig bearbeitet worden waren, traten sie in der Kartellsitzung fast Mann für Mann an, um eine Mehrheit zu bilden, mit der sie den Vorstand in ihre Hände bekommen könnten. Der Kartellvorsitzende Hesse erklärte im Namen des Kartellvorstandes, daß der Antrag auf Neuwahl des Kartellvorstandes statutenwidrig sei, da nach dem Ortsstatut der Vorstand nur alle Jahr einmal neu zu wählen sei. Wenn eine Anzahl der Kartelldelegierten sich an der Wahl des jetzigen Vorstandes nicht beteiligen konnte, sei das eigene Schuld dieser Delegierten, indem sie sich selbst durch Verweigerung der Anerkennung der Aufnahmebedingungen ausgeschaltet hätten. Der Kartellvorstand habe jetzt zu einem Rücktritt keine Veranlassung, da bis jetzt ein Mißtrauensvotum gegen ihn weder eingebracht noch angenommen wurde. Diesen Standpunkt machte sich auch die Mehrheit der Delegierten zu eigen, und bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Neuwahl des Vorstandes mit 47 gegen 39 Stimmen abgelehnt. Da inzwischen aber zwei Vorstandsmitglieder ihre Ämter niedergelegt haben, mußte eine Ersatzwahl vorgenommen werden. Kollege Hesse empfahl, diese beiden frei gewordenen Sitze den Bauarbeitern und den Holzarbeitern zu überlassen. Dem wurde Folge geleistet, indem bei der vorgenommenen Zettelwahl je 57 Stimmen auf Steitz (Bauarbeiter) und Richard Müller (Holzarbeiter) entfielen; Sorgenfrei (Eisenbahner) erhielt 38 Stimmen und Benkert (Fabrikarbeiter) 3 Stimmen.

Hatten die Kommunisten die Ablehnung des Antrages auf Neuwahl des Vorstandes ruhig hingenommen, so kam ihre Mißstimmung später doch noch zum Ausruch, als der Gewerkschaftssekretär Wielepp über „Teuerung und Lohnbewegungen" den Kommunisten nicht den Gefallen tat, ihre Parole, die wirtschaftlichen Lohnkämpfe auf eine breitere Grundlage bis zum Generalstreik zu bringen, gut zu heißen. Wielepp führte im Gegenteil aus, daß diese Taktik zu einer neuen Niederlage führen würde, und die halbische und mitteldeutsche Arbeiterschaft müßte doch von der letzten Niederlage bei der Märzaktion noch genug haben. Von den Kommunisten trat ihm besonders der Holzarbeiter Richard Müller in der heftigsten Weise entgegen, der sich mit seinem bekannten hohlen Pathos eine Viertelstunde lang in wüsten Schimpfereien gegen den Referenten und den Kartellvorstand erging, ohne selbst aber positive Vorschläge zu machen, wie nach seiner Ansicht die Lohnbewegungen erfolgreicher durchgeführt werden könnten. Von anderen Diskussionsrednern wurde denn auch dem Kollegen Müller ganz gehörig die Wahrheit gegeigt, und besonders interessant waren die Ausführungen eines Metallarbeiters, der Richard Müller einmal in seiner wahren Gestalt zeigte, indem er ihm sein Verhalten bei der jetzigen Metallarbeiterbewegung vorhielt. Wir können diese Dinge der Oeffentlichkeit jetzt noch nicht unterbreiten, werden das aber noch nachholen und sind überzeugt, daß die denkende Arbeiterschaft in Halle sich dann den großen Gesetzt. für den sich Richard Müller hält und für den ihn auch viele seiner Parteifreunde halten mögen, einmal etwas genauer bei Lichte betrachten werden. Es ist nur zu bedauern, daß die Arbeiter immer erst klug werden, wenn sie durch solche Phrasenhelden Schaden erlitten haben. Müller hat jetzt angedroht, die Gewerkschaftsmitglieder auf das angebliche Versagen des Kartellvorstandes bei den jetzigen Teuerungs- und Lohnfragen hinzuweisen. Er wird vielleicht ein kleiner Teil der Arbeiter, die sich immer noch durch Worte blenden lassen, Anklang finden, aber einmal kommt auch eine Zeit, wo alle Schaumschlägerei nicht mehr hilft und die Arbeiterschaft Erfolge sehen will und keine Phrasendrescherei. Wollte man das Interesse der Arbeiterschaft aus dem Auge lassen, dann könnte man demjenigen recht geben, der da sagte, man hätte den Kommunisten ruhig einmal die Führung in die Hand geben sollen, in einigen Wochen hätten sie dann vollständig abgewirtschaftet. Doch das Gefühl, auf einem verantwortungsvollen Posten zu stehen, und die Arbeiterschaft davor schützen zu müssen, daß ihre Macht nicht noch mehr gebrochen wird, als es durch die kommunistische Propaganda ohnehin schon geschehen ist, läßt es nicht zu, freiwillig das Feld zu räumen. Einmal wird die Zeit ja doch kommen, wo diejenigen wieder die Anerkennung der Arbeiterschaft erhalten, die die Dinge zwar etwas kühler und nüchterner betrachten, aber damit den Interessen der Arbeiterschaft doch mehr nützen als diejenigen, die glauben, mit großen Worten praktische Erfolge erzielen zu können.

Erwähnenswert aus der Kartellsitzung ist noch ein Vortrag, den Herr Dr. Liebe über „Arbeiterschaft und Freie Volksbühne" hielt. Er gab seinem Bedauern Ausdruck, daß die Arbeiterschaft in der Volksbühne, die doch eigentlich für sie in erster Linie gegründet sei, nur sehr schwach vertreten sei. Die Vorzüge der Volksbühne gegenüber dem von kapitalistischen Gesichtspunkten geleiteten Geschäftstheater und dem Kino beleuchtend, gab der Referent das Programm der Freien Volksbühne für das kommende Spieljahr bekannt, das u. a. auch an den Anschlagsäulen zu ersehen ist. Von mehreren Diskussionsrednern wurden die Ausführungen des Referenten noch unterstrichen, und die Versammlung war sich wohl einig darin, daß der Freien Volksbühne mehr Mitglieder aus den Kreisen der Arbeiterschaft zugeführt werden müssen. Die Gewerkschaftsbureaus und das Arbeitersekretariat werden in der nächsten Zeit Listen zur Einzeichnung der Mitgliedschaft auslegen, und es ist zu wünschen, daß die Gewerkschaftsmitglieder davon regen Gebrauch machen.

Meßgeräte prüfen lassen!

Die Polizeiverwaltung gibt bekannt: Die Gewerbetreibenden der nachstehend aufgeführten Straßenteile werden hiermit aufgefordert, soweit es noch nicht geschehen ist, ihre Meßgeräte möglichst auf einmal, sauber gereinigt und die Eichstempel ausgebürstet, innerhalb der aufgeführten Fristen an den Montagen und Donnerstagen von 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm. auf dem hiesigen Eichamte, Blücherstraße 1 — Eingang Prinzenstraße — einzuliefern.

Zur Erleichterung der Einlieferung der Meßgeräte, sowie zur Vermeidung ihrer längeren Inanspruchnahme durch das Eichamt kann die Einlieferung durch Mittelspersonen (Wagenbauer) erfolgen, die bei den Gewerbetreibenden vorsprechen und auf Wunsch Ersatz für die abgegebenen Meßgeräte gegen angemessene Gebühren stellen.

In der Woche vom 5. bis 10. September 1921. Merseburger Straße 3 bis 24, 154 bis 163. Königstraße 12 bis 80.

In der Woche vom 12. bis 17. September 1921. Pfännerhöhe 2 bis 34, Wolfstraße 10 bis 24, 5. Vereinsstraße, Torstraße 11 und 12, Steinweg 1 bis 26.

In der Woche vom 19. bis 24. September 1921. Streiberstraße, Südstraße, Landwehrstraße 7 bis 20, Blücherstraße, Riemeyerstraße, Kirchnerstraße, Thielenstraße, Bruckdorfer Straße, Osendorfer Straße, Lindenstraße, Turmstraße 2 bis 4, 155 bis 158, Preßlersberg.

Mittwoch abend 5 Uhr im „Volkspark"

Gr. Protest-Versammlung

des Hallischen Proletariats.

Gegen die Reaktion u. die gesamte monarch. Klique.

Sorgt für Massenbesuch!

Führer der Schutzpolizei als Stahlhelmmitglieder?

Bei der Feier der Orgelsemelente am Sonntag fand man, wie uns von einwandfreier Seite berichtet wird, auch höhere Beamte der Schupo als Festteilnehmer vertreten. Der satisam als Reaktionär bekannte Führer der Nachrichtenstaffel, Hauptmann Geppert sonnte sich mit noch etwa 7—8 Kameraden, wozu auch der Oberleutnant Richtmann gehörte, im Kreise der wütenden Hasser der Republik.

Wir wissen nicht, welchen Grad die Begeisterungsfähigkeit dieser Herren bei der Weihe der schwarz-weiß-roten Fahne des „Stahlhelms" erklommen hat. Aber das wissen wir, daß sich diese „Führer" der republikanischen Schutzpolizei noch niemals geweigert haben den Sold von der dreimal zum Tod und Teufel gewünschten Republik zu schlucken.

Eine Frage sei erlaubt: Wie lange soll das Volk noch zusehen, wie die „Hüter" der republikanischen Staatsform an gegenrevolutionären, monarchistischen Demonstrationen und Feiern, an diesen Appellagen der Rechtsputschisten, teilnehmen???

Zur Ehre der Schupomannschaften sei aber zugleich hier gesagt, daß der weitaus größte Teil derselben weit von diesem Treiben ihrer Vorgesetzten abrückt. Auch sie haben wohl alle eingesehen, daß ihre Verwendung am Sonntag auf der Peißnitz mindestens etwas sonderbar war. Nicht zuletzt werden sie auch darüber nachgedacht haben, warum sie alarmiert waren, also einen ganzen Sonntag an Erholung einbüßen mußten, während die oben bezeichneten Herren Offiziere sich frank und frei an Stahlhelmfeiern beteiligen können

Zu Gunsten des Säuglings- und Kinderheims. Uns wird geschrieben: Das am 4. August in der Saalschloß-Brauerei veranstaltete Wohltätigkeitskonzert der Vereinigten Männer Chöre zu Gunsten des Säuglings- und Kinderheims des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft in Halle-Cröllwitz hat nicht nur in künstlerischer Hinsicht einen vollen Erfolg gehabt, sondern auch seinen Zweck, dem erwähnten Heim zu helfen, glänzend erfüllt. Die Vereinigten Männerchöre konnten **3 509,50 Mk.** als Reinertrag an den Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft abführen. Es sei allen Mitwirkenden und insbesondere der Leitung der ganzen Veranstaltung auch öffentlich der herzlichste Dank abgestattet.

Stadttheater. Als erste Vorstellung in der neuen Spielzeit gelangt am Donnerstag, den 1. September, abends 7½ Uhr Richard Wagners „Rheingold" zur Aufführung. Für Freitag sind Schillers „Räuber" angesetzt. Sonnabend wird „Das Rheingold" wiederholt. Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Jugend" ein Liebesdrama von Max Halbe, Sonntag abend „Der Barbier von Sevilla".

Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Pächterversammlung Acker „Faule Wirtschle" am Donnerstag, den 1. Sertember, abends 8 Uhr in der Aktienbrauerei. Neben anderen wichtigen Angelegenheiten soll über die Anlage einer Wasserleitung Beschluß gefaßt werden.

T.-V. „Die Naturfreunde". Dienstag abend 7 Uhr, Theaterprobe z. Jahresfest im Mozartsaal, Weidenplan. Mittwoch von 6—9 Uhr auf der Peißnitz. Donnerstag von 7—9 Uhr im kleinen Steinbruch des Galgenberg. — Jugendgruppe von 7—9 Uhr im Zeichensaal der Klosterschule. Freitag abend von 7—10 Uhr im Mozartsaal — Musikgruppe (für alle Spieler). Sonntag: Generalprobe zum Jahresfest.

Provinz und Umgegend.

Achtung Parteigenossen im Bezirk!

Auf Grund des in der gestrigen Nummer der „Volksstimme" veröffentlichten Aufrufes des Zentralvorstandes der S. P. D. bitten wir, an allen Orten, wo es möglich ist, für

Mittwoch abend Protestversammlungen

einzuberufen, in denen die gesamte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft gegen das jetzt offen zu Tage tretende Treiben der Reaktion demonstrieren soll.

Es gibt in dieser Stunde nur eine einheitliche Kampflinie des gesamten werktätig schaffenden Volkes.

Die Bezirksleitung der S. P. D.

Wo keine Referenten vorhanden sind, ist sofort Nachricht an das Bezirksbüro, Halle a. S., Harz 42/44, zu geben.

Dem Landbund in's Stammbuch.

Der Landbund hat uns neulich um Material über hohe Getreidepreise. Wir raten dem Landbunde, sich einmal dieserhalb an die Firma Brandenstein & Co., Getreide und Futterartikel und Düngemittelfabrik, in Halle, Magdeburgerstraße 56 zu wenden. Diese Firma ist am besten imstande, den Wissensdrang des Landbundes zu stillen. Wie uns aus Osmünde berichtet wird, hat diese Firma schon 4 Wochen vor Ernteberginn versucht, allen Weizen aufzukaufen, den sie bekommen konnte und bot für den Zentner 275 Mark. In Osmünde und Umgegend hat diese Firma viel Weizen und sonstiges Korn aufgekauft, z. B. von den Gutsbesitzern von Bein, Schneider. Wenn für den Zentner 275 Mark geboten werden, dann möchten wir den Landwirt sehen, der sich mit weniger begnügt. Die Firma Brandenstein hat den dort gekauften Weizen nach Mannheim verschickt. Daß sie dafür in Mannheim etwa weniger bekommen hat, als sie selbst dafür bezahlte, ist wohl ausgeschlossen. Vielleicht bemüht sich der Landbund um die Feststellung, was aus dem Weizen in Mannheim geworden ist. — Der Rittergutsbesitzer Böker in Benndorf hat nur „Saatgetreide", für das natürlich „Saatgetreide"-Preise bezahlt werden. Um nun eine Erfüllung von Lieferungsverpflichtungen zu markieren, ist an die Gemeinde Benndorf Roggen von außerhalb geliefert worden. Absender des Roggens war — der Landbund!!

Die Zusammenstöße in Halberstadt.

Bei einem Regimentsfest der Kürassiere kam es in Halberstadt zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und den Nationalisten. Unser Halberstädter Bruderblatt gibt darüber folgende Darstellung: „Am Nachmittag gegen 3 Uhr zog ein 2—300 Mann starker Zug unter Vorantragung einer roten Fahne, in den Garten des Elysiums und sang dort die Internationale. Die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210830-18/fragment/page=0005

Kürassiere sammelten sich im Saalgebäude und besetzten dessen Eingänge. Hänseleien begannen hin und her. Schließlich höhnten die Kürassiere: Die demonstrierenden Arbeiter hätten doch nicht den Mut heranzukommen. Darauf drang die Menge zum Eingang vor. Stockhiebe sausten auf die vordersten nieder, wie Augenzeugen berichten. Die Empörung wuchs, die Menge verschaffte sich Einlaß. Die schlagenden Kürassiere suchten durch die Seitenausgänge des Elysiums das Weite. Die Masse strömte in den Saal und zertrümmerte Kaiserbüsten und -bilder, Standarten, Brustpanzer, Lampen und schwarz-weiß-rote Fahnen: die monarchistische Zeichen des Regiments. Bei dem Zusammenprall wurde ein Mann schwer verletzt. Das ist der Hergang der nackten Tatsachen, wie ihn uns Augenzeugen berichten. Die herbeigeeilte Polizei und Sipo verhielt sich mustergültig und suchte langsam die erregte Menge zu zerteilen."

Naumburg—Eckartsberga.

Naumburg. Die Protestversammlung gegen die Reaktion findet morgen abend ½6 Uhr auf dem Friedrichsplatz statt. Sorgt für Massenbesuch!

Naumburg. Die Reaktion im Lehrerseminar. Zu den finstersten Orten der Reaktion, die offen und versteckt immer eifriger am Werk ist, Volk und Jugend zu vergiften, ist sicher das Naumburger Lehrerseminar zu rechnen. An ihm sind Revolution und drei Jahre neue Zeit spurlos vorübergegangen, noch heute ist's ein würdiges Glied in der Reihe Kappstadts Glanzstücken. Der mit Recht so berüchtigte alte Seminarkurs und „Kastengeist" hat dort noch seine Pflegstätte, jede freiheitliche Regung unter Lehrerschaft und Schülern wird im Keime erstickt. Man kennt ja all die Mittel und Mittelchen, die einem alten Schulsystem zu solchen Zwecken zur Verfügung stehen! Geschichts-, Religions- und alle möglichen anderen Stunden werden dazu benutzt, um unter „neutraler, objektiver" Maske Loblieder auf die gute, alte Zeit, das Offizierkorps, den Adel und den erhabenen Deserteur von Doorn zu singen, selbst die sogenannten Andachten sind verschiedenen Herren eine willkommene Gelegenheit, ihren Groll gegen „Umsturz und seine schmachvollen Folgen", gegen Republik und neue Zeit zu entladen. Man hat zwar der Republik, die man im innersten Herzen haßt, seinen Diensteid geleistet -- das hindert aber nicht, seine Feindschaft gegen sie selbst im Dienste durchblicken zu lassen und versteckt oder offen zu bekennen, daß man trotz alledem Monarchist ist bis auf die Knochen. Freilich ist es keine leichte Sache für einen im alten System, das so trefflich verstand, urteilslose, beschränkte Untertanen zu erziehen, verknöcherten Geist, Verständnis für die Entwicklung der Gegenwart aufzubringen. Aber was hilft da alle Arbeit einer vorwärtsstrebenden Lehrerschaft, wenn die Lehrerbildner Hemmnisse sind auf diesem Wege. Mit eisernem Besen muß hier gefegt werden, damit Männer in die Seminare einziehen, die mit voller Ueberzeugung Dienst tun an einer Lehrergeneration, die einst berufen ist, die Jugend der jungen Republik zu erziehen.

Freyburg. Nationalistische Störenfriede. Am Donnerstag wanderte die Naumburger Arbeiterjugend fast vollzählig nach Freyburg, um auch hier, in unserem verschlafenen Städtchen, den Keim zu einer proletarischen Jugend-Organisation zu legen. Unser Ort ist steiniger Boden und die hiesige proletarische Jugend steht noch abseits von den kämpfenden Jungproletariern. Hier wird noch die Freizeit gedankenlos totgeschlagen. Tanzboden, Alkoholgenuß, Zigarettenqualm und all die lieblichen Dinge der kapitalistischen „Kultur"erzeugnisse beherrschen den Gesichtskreis der jungen Generation des hiesigen Proletariats, die doch gewiß auch noch in der Not des Daseinskampfes die Wichtigkeit unserer Schulung für den Kampf gegen die jetzige Gesellschaftsordnung erkennen lernen müssen. Doch die Arbeiterjugend läßt sich auch in der trostlosesten Gegend nicht abschrecken für ihre Ideen zu werben und zu arbeiten. Bald herrschte fröhliches Leben. Sing, Sang, Kling Klang, so ging es die Straßen entlang. Volkstänze zeigten der Einwohnerschaft das Leben und Treiben der Arbeiterjugend und ihr freies und trauliches Verhältnis zueinander. In einer zündenden Ansprache wies der Gen. Wort aus Halle auf die Bedeutung der proletarischen Jugendbewegung hin und forderte die Freyburger Jungproletarier auf mit uns zu lernen, zu wandern, zu spielen und zu streiten. Eine größere Anzahl Zöglinge hiesiger Patentpatrioten versuchten mit einem Trupp „höherer" Schüler aus Coburg die Veranstaltung der proletarischen Jugend zu stören und schlossen ihren Radau mit dem Gegröhle des „Deutschland über alles"-Liedes ab. Sie wurden aber von unserer Jugend gehörig abgeführt. Mit einem Hoch auf die Arbeiterjugend-Internationale wurde die Veranstaltung geschlossen. Singend zog die Naumburger Schar wieder heimwärts. Die noch kleine Gruppe der gewonnenen Anhänger in Freyburg wird auch hier in unserem Geiste weiterarbeiten und mit dazu beitragen, daß das hiesige Jungproletariat aus der stinkigen Moderluft der kapitalistischen Gesellschaft und deren unsinnigen, unmoralischen „Vergnügungs"taumel befreit wird. Ein „Frei Heil" diesen Streitern.

Sangerhausen—Mansfelder See- und Gebirgskreis.

Sangerhausen. Protestversammlung des Proletariats. Am Mittwoch abend wird das vereinigte Proletariat Sangerhausen gegen die Morde an Arbeitern und Arbeiterführern in einer öffentlichen Versammlung in der Schweizerhütte demonstrieren. Ueber 300 Morde haben die Rechtsspartakisten und Deutschnationalen auf ihrem Gewissen. Noch sind die Taten an den Berliner Matrosen, den Arbeitern bei Mechterstedt, Liebknechts, Rosa Luxemburg, Eisner, Gareis und nun Erzberger nicht vergessen. Nur die geschlossene Arbeitermasse ist in der Lage, der Reaktion Einhalt zu bieten. Genosse Gottlieb Kasparek hat das Referat übernommen. Keiner darf fehlen. Durch restloses Erscheinen aller muß die Demonstration die gewaltigste werden, die je Sangerhausen erlebte.

Helbra. Der Arbeiterblock gegen die Volkswohlfahrt. In der am 23. August stattfindenden Sitzung der Gemeindevertretung war seitens des Ortsausschusses für Jugendpflege der Antrag auf Schaffung einer Turnhalle, Spielplatz, Badeanlage und Lesestuben gestellt. Dieser Antrag auf Erbauung der Turnhalle liegt schon bald 10 Jahre zurück, scheiterte derselbe früher immer an dem Verhalten der bürgerlichen Parteien, so konnte man sich nicht genug wundern, wie die Vertreter des sich so schön anhörenden Namens: „Arbeiterblock!" mit allen Ausführungen und zuletzt mit einem glatten „Nein" sich gegen den Antrag wandten. Während der Kriegszeit, als man die Jugend zur Verlängerung des Völkermordens brauchte, versprach man ihnen wiederum die Erfüllung des Wunsches. Heute tritt man hin mit den Worten, wir konnten nicht anders. Wenn auch die Finanzlage der Gemeinde eine trostlose zu sein scheint, so ist noch lange kein Grund vorhanden, den Antrag ohne Prüfung abzulehnen. Der Staat, welcher die Kräfte der Jugend verbraucht hat, soll auch mit allen Mitteln herangezogen werden, für die Stärkung unserer Jugend einzutreten. Wenn man so den Gang der Verhandlungen und die Meinungen der Vertreter des Arbeiterblocks hört gegen die der Bürgerlichen, so kann man sich nicht genug wundern, daß die Arbeiterschaft, vor allen die Arbeitersportler sich solche Vertreter wählen, darum für die Zukunft aufgepaßt und nur denen die Stimme, die für unsere Interessen eintreten.

Kelbra. Verschiedenes. Die Ernte ist nun auch in der hiesigen Feldflur zum größten Teil beendet. Die Erträge waren im allgemeinen zufriedenstellend. Die Großagrarier streichen segnend ihre Hände über die vollgefüllten Taschen. — Die Wohnungsnot tritt auch bei uns in Erscheinung. Aus diesem Grunde werden für alte Gebäude Verkaufspreise geboten, die jeder Beschreibung spotten. So wurde kürzlich für ein einstöckiges Wohnhaus, welches öffentlich verkauft wurde, 16 000 Mark geboten. Aehnlich verhält es sich bei dem Verkauf von Ackergrundstücken, für 18 Ar wurden 6000 Mark erzielt. Die Folge von diesen unsinnigen Preisen wird in Zukunft eine starke Erhöhung der Miets- und Pachtpreise sein. Gegenwärtig setzt eine rege Bautätigkeit auf der städtischen Gebreite, wo die Stadt Baustellen abgibt, ein. Wie wir hören, sind bereits acht Baustellen vergeben. — Am Sonnabend fand in der „Goldenen Sonne" ein Unterhaltungsabend von Mitgliedern des Tegernseer Bauerntheaters statt. Zithervorträge, Gesang und eine lustige Bauernposse, die „Brautschau", unterhielten das Publikum auf das angenehmste. Leider wies der Saal, wie es meistens immer ist, wenn mal was Gutes geboten wird, eine äußerst schwache Besetzung auf.

Bitterfeld—Delitzsch.

Delitzsch. Heimstätten-Genossenschaft oder städtischer Regiebau? Wie fast alle größeren Gemeinden Deutschlands, so ist auch Delitzsch von einem argen Wohnungsmangel heimgesucht — es fehlen ungefähr 4—500 Wohnungen — ohne daß es bisher gelungen wäre, dieses die Gesundheit und die Sitten gefährdende Uebel wirksam zu bekämpfen, weil sich der einzigen wirklich durchgreifende Abhilfe, dem Bau von Wohnungen, nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisende finanzielle Bedenken entgegenstellten. — So begnügte man sich, nachdem die Stadt mit dem Bau von Baracken und einer Anzahl massiver Wohnhäuser die schlechtesten Erfahrungen gemacht und ihre Finanzen arg belastet hatte, seit einiger Zeit mit dem Ausbau von Dachgeschossen und der Herstellung sonstiger Notwohnungen. — Indessen verschärfte sich die Wohnungsnot immer mehr; so haust seit Jahr und Tag eine ganze Anzahl von Flüchtlingen in Eisenbahnwagen, vielköpfige Familien vegetieren in einem einzigen feuchtdunklen Kellerraume, andere wieder kampieren in halbzerfallenen elenden Katen, kurzum, es bildeten sich Zustände heraus, die eine Aenderung um jeden Preis verlangten. — Vor allem die sozialistischen Parteien drängten auf Abhilfe, während man von bürgerlicher Seite immer wieder die schlechte finanzielle Lage der Stadt als Hindernis in der Vordergrund schob und der überwiegend bürgerliche Magistrat in gewissen Grade die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sabotierte, die in ihrer Mehrheit sozialistisch ist. Aus diesen mißlichen Verhältnissen heraus ist es zu erklären, daß trotz des immer fühlbarer werdenden Mangels an Wohnungen in Delitzsch so wenig Neubauten entstanden sind. — Den sozialistischen Parteien wurde schließlich die Verfassungstaktik des Magistrats zu bunt; sie faßten deshalb einstimmig den Beschluß, noch in diesem Jahre mit dem Bau von 25 Wohnungen — fünf zweistöckigen Reihenhäusern — in städtischer Regie zu beginnen und setzten zur Durchführung und Ueberwachung dieses Projektes eine sog. Regiebaukommission ein, bestehend aus drei Stadtverordneten, drei Vertretern der Bauarbeiterschaft und einem Mitgliede des Magistrats. Der Magistrat weigerte sich indes, diesem Beschluß der Stadtverordnetenmehrheit beizutreten und erklärte, nur zwei Häuser in eigener Regie erbauen zu wollen, zwei weitere Häuser aber von Unternehmern errichten zu lassen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung kam es aus diesem Grunde zu einem heftigen Streit zwischen Magistrat und Stadtverordneten, es wurde erneut der Beschluß gefaßt, 5 Häuser in städtischer Regie zu bauen, der Magistrat weigerte sich aber wiederum, diesem Beschluß beizutreten. — Auch die Stadtverordnetenfraktion der S. P. D. hatte für den städtischen Regiebau und für die Errichtung von 5 Häusern gestimmt, obwohl sie sich schwerer Bedenken hinsichtlich der Finanzierung des auf 1 600 000 Mark geschätzten Projektes nicht verschließen konnte; sie sah aber keinen anderen Ausweg aus der immer schärfere Formen annehmenden Wohnungskalamität und stellte gegenüber der entsetzlichen Not der Wohnungssuchenden die finanziellen Bedenken zurück. — Indessen hat sich neuerdings die Sachlage geändert, so daß es angebracht erscheinen würde, daß unsere Fraktion ihren Beschluß revidiert. Es hat sich nämlich in Delitzsch eine Heimstätten-Genossenschaft gebildet, der zum größten Teil Arbeiter angehören und die zweigeschossige Einfamilienhäuser in Schlackenschüttbeton im Wege der Selbsthilfe erbauen will. Die Häuser sollen als Doppelhäuser errichtet werden und sich unmittelbar hinter jedem Hause ein Garten von 1300 bis 1400 Quadratmeter anschließen. Die Genossenschaft hofft, Zuschüsse von Reich, Staat und Stadt in solcher Höhe zu erhalten, daß sie es ermöglichen kann, das schlüsselfertige Haus samt Garten zum jährlichen Mietpreise von höchstens 1000 Mark abzugeben. Genauer gesagt ist es so, daß die Häuser unter bestimmten satzungsgemäß festgelegten Bedingungen den Genossen als Eigentum übertragen werden; jeder Genosse hat den überschießenden Teil des Baukapitals seines Hauses zu verzinsen und zu amortisieren, der durch die Ueberteuerungszuschüsse plus seiner eigenen Arbeitsleistung nicht gedeckt ist. Die Verzinsung — Amortisation — Grund- und Gebäudesteuer ist also auf höchstens 1000 Mark veranschlagt, zusammengenommen kann man diese Summe als den Jahresmietzins bezeichnen. — Nun hat die Genossenschaft durch ihren Vorsitzenden, den Stadtverordneten Genossen Alpers, für jedes Haus einen Baukostenzuschuß von der Stadt in Höhe von 10 000 Mark beantragt. Der Bau von 25 Wohnungen in eigene Regie kostet der Stadt, wie oben gesagt worden ist, 1 600 000 Mark; für dieselbe Summe würde die Baugenossenschaft, falls ihr für jedes Waus von der Stadt 10 000 Mark Zuschuß gewährt würden, 160 Wohnungen schaffen, also 135 Wohnungen mehr. Es würde also für die Stadt ein ganz wesentlicher Vorteil dabei herausspringen, wenn sie auf den Regiebau verzichtet und dafür die Baugenossenschaft wirksam unterstützt. Auch andere Vorzüge ergeben sich dabei ohne weiteres. So ist die Stadt nicht mit Häusern belastet, die ihr jährlich an Mietzuschüssen und Reparaturen ohne Zweifel erhebliche Summen kosten, wie sich das ja bei den schon vorhandenen städtischen Wohnhäusern herausgestellt hat. Auf jeden Fall besteht bei einer ausreichenden finnanziellen Unterstützung der Heimstätten-Genossenschaft von seiten der Stadt die Aussicht, daß die ärgsten Uebel der Wohnungsnot in Delitzsch in absehbarer Zeit beseitigt werden. — Die ersten 24 Häuser sollen bis zum 1. April 1922 beziehbar sein — ohne den Etat der Stadt übermäßig zu belasten. Von äußerster Wichtigkeit ist dies für uns Sozialdemokraten noch insofern, als wir für einen zeitgemäßen und unseren Ansprüchen einigermaßen genügenden Ausbau des städtischen Wohlfahrtsamtes noch große Summen von dem Stadtsäckel fordern müssen, die wir nicht erhalten können, wenn die Stadt Wohnbauten in eigener Regie ausführt. — Im übrigen verletzen wir keineswegs eine sozialistische Grundanschauung, wenn wir in diesem Falle dem Genossenschaftsbau vor dem Regiebau den Vorzug geben. Der eine wie der andere dienen gleichermaßen dazu, den Unternehmer auszuschalten und überflüssig zu machen, das Genossenschaftswesen ist deshalb auch von jeher erstrebtes Ziel und Programmpunkt unserer Partei gewesen. — Alle Gründe sprechen also dafür, daß unsere Delitzscher Stadtverordnetenfraktion ihren früheren Beschluß fallen läßt und in Anpassung an die veränderten Verhältnisse anstelle des städtischen Regiebaues der Heimstätten-Genossenschaft den Vorzug gibt — kein einsichtiger Mensch wird ihr daraus einen Vorwurf machen. — Sollten aber, wie es immerhin möglich ist, Anwürfe gegen unsere Partei nicht ausbleiben, so soll man dem Urheber ruhig gewähren lassen und sich nicht beirren lassen, das für richtiger Erkannte ohne Zögern durchzuführen.

Zörbig. S. P. D.-Volksversammlung. In einer, den Verhältnissen entsprechenden, recht gut besuchten öffentlichen Volksversammlung sprach am Donnerstag abend im hiesigen Schützenhause Gen. Baranowsky aus Berlin über „Teuerung und Steuerpolitik". Ausgehend von der Brotpreiserhöhung und seine nachteiligen Folgen für alle anderen wichtigen Lebensmitteln, schilderte der Referent ausführlich den Werdegang der Zwangswirtschaft bis zum heutigen Umlageverfahren, das eben nur noch eine Verschlechterung der freien Wirtschaft darstellt. An der Hand von ausführlichem Zahlenmaterial kennzeichnete der Referent die „Ablieferungsfreudigkeit" der Großagrarier, die, wenn das Verhältnis dasselbe geblieben, in diesem Jahre gleich Null wäre und dies alles trotz der sehr guten Körnerernte. Uebergehend zu den kommenden Steuern erläuterte Gen. Baranowsky die einzelnen Arten und gab die Stellung der S. P. D. dazu bekannt. Auch die sogenannte Erfassung von Geldwerten, durch die Beteiligung des Reiches an Industrie und Landwirtschaft hob der Referent hervor eine Forderung, die, wenn wir wieder gesunden wollen, unbedingt aufrechterhalten werden muß. Lebhafter Beifall lohnte die sehr sachlichen Ausführungen des Referenten. In der Debatte ergriff zunächst der hiesige Führer der Kommunisten das Wort und erging sich in längeren Ausführungen gegen die S. P. D., konnte aber selbst nichts gegen die Ausführungen des Referenten hervorbringen. Als zweiter Redner polemisierte Herr Baumgarbe (Komm.) gegen das Steuerprogramm der Regierung, selbst aber andere Wege zeigen, wie es besser gehen könnte, davon war auch nichts zu hören. War die Versammlung bis dahin ruhig verlaufen, so gab es jetzt heftige Wortgefechte beim Schlußwort des Referenten, so daß der Versammlungsleiter nur mit Mühe und Not die Ruhe wiederherstellen konnte. Die Ausführungen der Kommunisten selbst zerpflückte der Referent in glänzender Weise, trotzdem derselbe infolge der vorgeschrittenen Zeit nur das wichtigste herausgreifen konnte. Wollen hoffen, daß in Zukunft solche Radauversammlungen, wie dies beim Schlußwort des Referenten der Fall war, der Vergangenheit angehören.

Roitzsch. Arbeiterjugend-Versammlung. In einer vom hiesigen Ortsverein der Arbeiterjugend einberufenen Versammlung sprach der Gen. Herzig aus Halle über „Die Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung". Die von ihm so klar gezeigten Wege, die für uns als die einzig gangbaren zu bezeichnen sind, mögen uns immer Richtpunkte bleiben. Manchem der anwesenden, bisher irregeführten Jugendgenossen, ist ein Licht aufgegangen. Es wird jetzt Aufgabe der hiesigen Jugendgenossen sein, die gesamte proletarische Jugend von Roitzsch der Arbeiterjugend-Organisation zuzuführen. Der noch abseits stehenden Jugend aber rufen wir zu: „Bleibt nicht lau und zag beiseite stehen, sondern werdet mit uns wirkliche Kämpfer für die Befreiung unserer Klasse im Interesse der gesamten leidenden Menschheit". „Frei Heil!"

Torgau—Liebenwerda.

Mühlberg (Elbe). (Eine Massenversammlung.) Das Gewerkschaftskartell, die V. K. P. D. und S. P. D. hatten am Mittwoch abend die Mühlberger Einwohnerschaft zu einer Versammlung eingeladen, in, der über die Teuerung, Steuerpolitik die Angriffe auf den Landrat sowie auf den Kreisausschuß gesprochen werden sollte. Als Referent war Genosse Dietrich, Falkenberg gewonnen werden. Die Mühlberger Arbeiterschaft hatte restlos dieser Einladung Folge geleistet. Schon vor Beginn der Versammlung war der Saal vollständig überfüllt. Zu Hunderten standen die Versammlungsbesucher Kopf an Kopf. Nachdem der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells die Versammlung eröffnet hatte ging Genosse Dietrich einleitend auf die Ursachen der Teuerung ein. Das deutsche Nationalvermögen wurde während des Krieges auf leichtsinnige Art von den heutigen reaktionären Schreiern verpulvert, neue Einnahmequellen, besonders eine Versteuerung der Kriegsgewinne dabei aber nicht erschlossen. Heute muß nun die Republik für die begangenen Fehler der Reaktion büßen. Die neuen Verbrauchssteuern müßte die Arbeiterschaft ablehnen. Er verlangte eine Erfassung der Goldwerte durch unmittelbare Reichsbeteiligung an Industrie und Landwirtschaft. Durch die Liebesgabe der bürgerlichen Parteien an die „notleidende" Landwirtschaft ist eine ungeheuere Verteuerung des Brotes eingetreten. Mit der Brotteuerung steigen sämtliche Produkte, so daß die Arbeiterschaft vor schweren Lohnkämpfen steht. Er mahnt zu einem geschlossenen Vorgehen, Teilstreiks müssen auf jeden Fall unterbleiben, denn sie stärken nur das Unternehmertum. Das habe er auch am Sonnabend in Elsterwerda den Biehlaer Steingutarbeitern gesagt, die von einer Gesellschaft, die 3 Schwestergesellschaften hat, allein in den Streik getreten waren. Die Biehlaer Steingutarbeiter haben am Montag die Arbeit wieder aufgenommen und erwarteten nun die Anweisung ihrer Zentralleitung. Dann ging der Redner auf die Kreisangelegenheiten ein. In einer Mühlberger Versammlung der Gewerbetreibenden des ganzen Kreises sind der Kreisausschuß und der Landrat Genosse Vogl wegen des Fettverkaufes scharf angegriffen worden. Genosse Dietrich widerlegte aber diesen Angriff und zeigte, daß der Kreisausschuß unter dem Auftrag des Kreistags gehandelt hatte, in dem die Bürgerlichen beschlossen hatten alle Kommunalwaren sofort zu verkaufen. Ueber die Brotverhältnisse im Kreise führte er aus, daß die Untersuchung über das schlechte Brot im Gange sei, nach Abschluß der Untersuchung wird Abhilfe eintreten. Die Verdächtigungen und Verleumdungen von gewisser Seite, die auch in Mühlberg unterstützt werden, gegen den Landrat, Gen. Vogl, wies er mit aller Schärfe zurück. Er zeigte die Verlogenheit der Zeitungsberichte, die von den Deutschnationalen nur deswegen in die Welt gesetzt würden um sozialistische Beamte und die Republik dem Volke verächtlich zu machen. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. In der Diskussion sprach ein Bäckermeister, der behauptete, daß das Brot in Mühlberg in der letzten Zeit trotz des schlechten Mehles gut wäre. Nach diesem sprach der Kreistagsabgeordnete Diecke. Er sagte, daß er der Gewerbeversammlung mit beigewohnt hätte und er würde im nächsten Kreistage Aufklärung darüber verlangen, wo das Millionendefizit herkommt. Im Schlußwort rechnet Genosse Dietrich mit Diecke scharf ab. Es wäre unverständlich, daß ein Kreistagsabgeordneter aufstände und von Millionendefizit spräche, wo er sich doch als solcher jederzeit von dem Gegenteil überzeugen könnte. Wenn der Kreis sein Fett nicht rechtzeitig verkaufen konnte, so lag das daran, daß der „Patriotismus" der Gewerbetreibenden gegenüber dem Kreise soweit ginge, daß man ein Boykott über das Kreisfett verhängte und nun, da der Kreis das Fett auf Beschluß der Bürgerlichen verkauft hat und dasselbe im Preise gestiegen ist, zieht man über den „unfähigen" sozialistischen Kreisausschuß und Landrat her. Nach 11 Uhr schloß der Vorsitzende die sehr gut verlaufene Versammlung. Die Teilnehmer aber hatten das Bewußtsein, daß den bürgerlichen reaktionären Quertreibern gegenüber die geschlossene Einheitsfront des Proletariats das Gebot der Stunde sei. Unsere Mühlberger Massenversammlung mag der Reaktion im Kreise eine Warnung sein.

Liebenwerda. Feststellung. Genosse Landrat Vogl schreibt uns aus seinem Urlaub folgendes: Die Hallesche Allgemeine Zeitung brachte in Nr. 336 vom 6. August die Nachricht, ich hätte an einem Zechgelage mit nachfolgendem Diebstahl teilgenommen. Bereits in Nr. 340 dementierte die Allgem. Ztg. diese Nachricht aus sich selbst heraus. Dies war auch sehr zu ihrem Vorteil; denn der Artikel war, soweit er meine Person betrifft, völlig aus der Luft gegriffen. Trotz des Dementis in Nr. 340 ist jedoch die Saat des Artikels in Nr. 336 aufgegangen. — Mit den üblichen Ausschmückungen unter der Ueberschrift: „Praktischer Kommunismus" tischt die Deutsche Tageszeitung vom 11. August und Nr. 381 der Halleschen Zeitung vom 20. August ihren Lesern abermals diese Geschichte auf. Da ich keine Lust habe, meine Ehre durch eine derartige skrupellose Berichterstattung leichtfinnig in den Dreck ziehen zu lassen, habe ich beide Fälle meinen Rechtsanwalt übergeben. — Bei dieser Gelegenheit möchte ich jeden ruhig Denkenden fragen, ob derartige gewöhnliche Verunglimpfungen durch die Rechtspresse als geeignet betrachtet werden können, die unparteiische Durchführung des Amtes als Landrat zu erleichtern.

Wulferstedt. Zusammenstoß zwischen Stahlhelmern und Kommunisten. Hier fand eine kommunistische Jugendversammlung und gleichzeitig die Gründungsfeier der hiesigen Ortsgruppe des „Stahlhelms" statt. Beide Organisationen veranstalteten Umzüge im Ort und gerieten aneinander. Dabei wurde ein Stahlhelmangehöriger getötet und 7 Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Man wird genauere Berichte abwarten müssen, die ein Urteil über die Vorgänge erlauben.

Seine Meinung. Schulze ist Ehefeind. Frau Wilde, die ihn durch ihren Mann kennt, versucht, ihn zu bekehren, da sie eine ältere Schwester gern mit ihm verheiraten möchte, und sagt zu ihm: „Glauben Sie mir, nur ein Ehemann weiß, was ein glückliches Leben ist."

„Da haben Sie schon recht, Frau Wilde," meint Schulze, „aber dann ist es für ihn zu spät!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210830-18/fragment/page=0006

Die Frauen-Welt

Beilage der Volksstimme

14

Osdorf — ein Sommererlebnis.

Von Toni Pfülf.

Genossinnen, wißt Ihr, wie das ist?

Man hat es lange erträumt und wartet immer noch auf denjenigen, der einem mit der nötigen Million helfen soll, es in die Wirklichkeit umzusetzen.

Da macht man eine kurze Sommerreise, auf der man nur blödeln will — nur ja nichts denken, nichts — denken!—

Und da steht es plötzlich vor einem. Ein langer, schön gegliederter einstöckiger Bau mit ausgebautem Dachgeschoß mitten in wogenden Ährenfeldern. Eine alte schattige Allee führt hin.

Ist es ein Herrensitz? Ein Erholungsheim?

Ach nein, Genossinnen, es ist wirklich und wahrhaftig ein Haus für verlassene, heimatlose Kinder, was uns da anlacht. Was sag ich da: heimatlos? — Mögen sie es gewesen sein durch Unglück oder Schuld ihrer Eltern. Die dort landen, haben eine Heimat gefunden.

Ich kam zufällig und unangemeldet am frühen Mittag. Schon beim Eintreten eine Freude: zwölf kleine Kerle unter 6 Jahren, nur mit Höschen oder Röckchen an — es war in den heißen Julitagen dieses Jahres — wanderten zum Mittagschlaf. Zwei Mädels von 11 und 12 Jahren begleiteten sie, und schon aus ihrer behutsamen mütterlichen Art leuchtet der Geist des Heims. Bald fallen den kleinen, satten Leuten die Augen zu. Sie sind in guter Hut — ihre Müttercken halten treue Wacht.

In den Gängen und den Gruppenzimmern das fröhlichste, geschäftigste Leben. Buben und Mädel räumen auf, und man sieht ihnen den Stolz an, wenn die Stube fein hergerichtet ist. In jeder Wohnstube hausen ungefähr 16 Kinder mit ihrer Helferin, auf den Tischen grüne Sträuße, durch das das weite Land hereinlacht. An den Wänden die ganze Vorderwand ein breites nicht zu hohes Fenster, eingebaute Kästen, in denen jedes Kind seine kleinen Habseligkeiten verwahrt. In einer Ecke des Zimmers die Nähmaschine, mit der, wie ich sah, die älteren Mädchen schon gut umzugehen verstehen und die alle die Schäden heilen muß, die ein freies tätiges Leben den Hosen und Röcken zuzufügen pflegt.

Und junge lachende Helferinnen mitten unter den Kindern. Man sieht ihnen an, sie sind nicht überarbeitet und überhetzt, sie haben Zeit und auch das Herz dazu, mit der Jugend jung und froh zu sein. Es war ganz die tolle Ferienstimmung, wie sie eben in einer glücklichen Familie um die Sommerszeit herrscht.

Dort ein Trupp Indianer in Badehosen mit selbstgemachtem prächtigen Kopfputz, die sich von den echten Brüdern nur durch ihren blonden Haarschopf und die blauen Augen und wohl auch durch die Zutraulichkeit unterscheiden, mit der sie uns begrüßen. Das Geschrei und die Freude am Leben und auch der Schmutz war jedenfalls ganz echt.

Ja, für alte Spießbürger ist die Anstalt freilich nichts. Aber es ist eine Anstalt, bei derem Besuch jedem Kinderfreund das Herz aufgeht, bei der der wirkliche Pädagoge sagen wird: „so muß es sein in einem Kinderheim, und nicht anders."

Im Schweinestall, im Kuhstall, in der Tenne, bei den Pferden, in der Küche — überall Jungvolk, das aus eigenem Wollen mit angriff. Nirgends war der „Zutritt verboten."

Der Inspektor des Heims und seine wackere Frau wurden überall mit jener natürlichen Ehrfurcht begrüßt, die gütigen und tüchtigen Menschen von selbst zufällt. Sie erzählten mir, daß sie bei ihrem Amtsantritt in Osdorf erst Bündel von spanischen Rohren entfernen haben müssen, heute gibt es auf Osdorf keine Prügelstrafe, aber gute willige Menschenkinder dafür. Ein kleines Altersheim ist angebaut — es vertritt die Stelle des ehemaligen Armenhauses der Gemeinde. Ein Alter zeigt uns voll Stolz sein letztes Kunstwerk. Er ist ein Parteigenosse und hat Ebert gemalt — es ist zum Erkennen. — Nun bittet er um frische Farben und einen kleinen Arbeitstisch. Beides wird ihm freundlich zugesprochen.

Auch die anderen alten Leutchen suchen sich noch Arbeit in der Ökonomie. So haben sie nicht das Gefühl der Nutzlosigkeit und manchen kleinen Vorteil davon: für Dauerleistungen Taschengeld und bessere Kost. Und die Kinder sind um sie herum. Für sie ist das Altersheim wertvoll. Denn dort lernen sie ihre junge starke Kraft den Hilflosen anbieten und die Liebe, die sie selbst empfangen, weiter zu geben an solche, die es nötig haben.

Das Schönste ist — es scheint gar keine Lohnarbeiter zu geben auf Osdorf. Von der Inspektorsfamilie bis zur Küchenmagd ist alles innerlich mit dem Heim und seinem Gedeihen verbunden.

Und doch soll es hier einmal ganz anders ausgesehen haben, soll auch hier der finstere Geist des Duckmäusertums arme verwaiste Kinderherzen vergewaltigt haben. Aber der heutigen sozialistischen Stadtverwaltung ist es gelungen, aus einem Waisenhaus der alten Zeit mit all seiner Bigotterie, all seiner Heimatlosigkeit und Lieblosigkeit eine sonnige Kinderheimat zu schaffen — eine vorbildliche Stätte der Erziehung zu praktischer Arbeit und gütigem Menschentum.

Was in Altona möglich ist, muß wo anders auch gehen.
Stadtväter und Stadtmütter — vor!

Gedankliches über die Frau.

Die Männer wollen immer die erste Liebe einer Frau sein. Darin liegt ihre Ungeschicklichkeit. Die Frauen haben darin einen besseren Instinkt: sie wollen die letzte Leidenschaft eines Mannes sein.

*

Die Frauen lieben mit den Ohren, wie die Männer mit den Augen — wenn überhaupt.

Frauen verteidigen sich durch den Angriff, wie sie angreifen, indem sie sich plötzlich ergeben. Oskar Wilde.

*

Frauen, richtet mir nie des Mannes einzelne Taten;
Aber über den Mann sprechet das richtende Wort.
Schiller.

*

Jede Frau ist eine Enttäuschung — manchmal sogar eine angenehme.

*

Gebenedeit die Frau, die durch ihr Genie nicht berühmt wird, weil — ihr Genie im Herzen ist. Die Genies des Herzens werden gewöhnlich nicht berühmt. Gewiß sind sie ein Wunder; aber sie beglücken zu sehr, um bewundert zu werden.
Alex Kastner.

Die geistige Not der jungen Mädchen in den Fabriken.

Wir bringen diesen erschütternden Notruf einer jungen Sozialistin zum Abdruck mit der herzlichen Bitte, daß sich unsere Genossinnen überall dieser großen Aufgabe annehmen und unseren jungen Mädchen helfen. Die Redaktion.

Vor einiger Zeit ging ich durch die Säle einer Zellulosefabrik. Hier standen sie, die Sklaven des Alltags und der Arbeit, die Tag für Tag dasselbe Maß Arbeit schaffen müssen, die im ewigen Einerlei das Grau des Werktags umgibt. Die oft aussehen, als kämen sie aus einer Mühle, so dicht und weiß lagert sich der Staub auf ihrem Haar, Gesicht und Kleidern ab — hier stehen sie, alte Frauen, junge Frauen! Alte, ältere und junge Mädchen, viele knapp 14 Jahre alt, noch Kinder fast und sind doch schon eingespannt in das Joch der Fabrikarbeit, stehen vom Morgen bis zum Abend im Staub des Alltags. Und den meisten dieser Mühseligen hat die Not, die geistige Not wohl noch mehr als die körperliche, mit scharfem Griffel diese Runen ins Gesicht gezeichnet. Viele von ihnen sind tot, ihre Seele ist krank geworden von übergroßer geistiger Not und ist dann verdorben, gestorben. Es stimmte mich so überaus traurig, wie sie, so jeden Gefühls bar, uba: das Heilige in unserem Leben spöttelten, mit frivolen Worten darüber herfielen und es vernichteten. Sie sind stumpf geworden, nur das Häßliche bereitet ihnen noch Vergnügen. Bei vielen von diesen Armen wird jeder Versuch der Hilfe fehlschlagen, aber es gibt doch hier so viel, viel Arbeit. Unter den jungen Mädeln fand ich einige Genossinnen der Arbeiterjugend. Tapfere, frische Mädel, die mit ihrer Jugendkraft auch den Staub besiegen. Sie klagten nur, daß sie gezwungen seien, all diese wüsten Gespräche mit anhören zu müssen; wehrlos. Daß so manches junge Mädel, das jung und frisch beim Eintritt, nach ein paar Wochen schon eine Beute des Lasters geworden sei, dem Gift der toten Seelen erliegen.

Deshalb ergeht an die Frauen der Fabrik der Hilferuf der jungen Mädchen: Nehmt Rücksicht auf uns! Denkt bei euren Gesprächen an unsere jungen Seelen, die unter dem Schmutz elend verkommen müssen. Wir wollen nicht verkümmern, sondern gesund und stark soll unsere Seele werden, soll sich freuen können an allem Reinen und Schönen. Denkt an uns!

Genossinnen! Vor allen ihr Mütter, die ihr eure Töchter zur Fabrik senden müßt, versucht es doch, das Elend, die große geistige Not der jungen Fabrikarbeiterinnen zu lindern. Helft, wo ihr könnt. Wirft dem Gift entgegen. Es wird keine leichte Aufgabe sein, viele werden vielleicht am Gelingen zweifeln. Und doch muß es gewagt werden. Denkt, wie viele junge Seelen der Gefahr ausgesetzt sind, geistig zu verelenden. Versucht es doch, an euren Frauenabenden auch die Frauen zu erfassen, die in den allermeisten Fällen gewerkschaftlich organisiert sind, aber uns doch innerlich fernstehen. Versucht es, Einfluß auf sie zu gewinnen, um unseren jungen Mädchen doch wenigstens etwas zu helfen. Die geistige Not der jungen Mädchen ist viel, viel größer, als die meisten denken, und darum tut Hilfe, schnelle und wirksame Hilfe wirklich Not. Martha Borchers.

Das Waschen der Haare. Das Waschen der Haare ist die wichtigste Maßnahme, die zur Erhaltung des Haares bei Männern und Frauen in regelmäßigen Abständen vorgenommen werden muß. Denn der Staub und der Schmutz, der sich von außen, und das Fett und die Schuppen, die vom Haarboden aus sich auf dem Kopfe festsetzen, können nur durch eine energische Waschung beseitigt werden. Der Kopf muß so oft gewaschen werden als er schmutzig ist. Bei Männern wochentlich zwei- bis dreimal, bei Frauen alle 3—8 Tage, mindestens 14 Tage. Ebensowenig wie ein tägliches Bad der Körperhaut schadet, ebensowenig ist eine tägliche Waschung der Kopfhaut schädlich. Wenn das Haar längere Zeit nicht gewaschen wird, so sammelt sich auf der Kopfhaut eine aus Staub und Fett, Schmutz und Schuppen zusammengesetzte klebrige Masse an, die, wenn sie längere Zeit auf der Kopfhaut bleibt, sich zersetzt und reizende Stoffe abspaltet, die im Laufe des Jahres auch in die Tiefe des Haares eindringen und dies allmählich zum Ausfall bringen, was zur Glatzenbildung führt. Zu dem Schmutz und Fett nisten sich alle möglichen Bakterien ein und das Endresultat sind flechtenartige Krankheiten der Kopfhaut. Es muß daher schon die Jugend in der Schule angehalten werden, regelmäßige Kopfwaschungen vorzunehmen. Als Waschwasser kann man lauwarmes Wasser verwenden, als Seife eine reizlose, neutrale, möglichst alkalifreie, leicht desinfizierende Seife. Nach dem Waschen werden die Haare getrocknet. Es soll die Kopfhaut gründlich, aber sanft gewaschen werden. Zerrungen der Haare sind zu vermeiden. Wenn schon ein fehlerhaftes Waschen die Haare leicht beschädigen kann, so noch mehr ein fehlerhaftes Trocknen. Das Trocknen der Haare wird bewirkt durch Frottiertücher, warmen oder kalten Luftstrom, der durch die Haartrockenapparate erzeugt wird, und durch chemische Mittel, wie Alkohol, Aether, Benzin. Das zweckmäßigste und schonendste Verfahren bleibt immer noch das zarte Einwickeln der Haare in weiche, möglichst angewärmte Frottiertücher und nachheriges langsames Trocknen an der Luft oder über einer leichterwärmten Luftschicht. Die Warmluftbehandlung ist keine schonende Haarbehandlung. Will man erwärmte Luft anwenden, so darf sie nur einen Temperaturgrad haben, daß die ausströmende Luft, nahe an die Hand gehalten, kein unangenehmes oder sogar unerträgliches Wärmegefühl erzeugt. Was die Nerven der Haut nicht aushalten, vertragen auf die Dauer auch die Haare nicht.

Hausfrau und Luxus.

Von Anna Blos.

„Bei einem gesunden Volke ist auch der Luxus gesund, bei einem kranken Volke krankhaft. In der Geschichte eines jeden wirtschaftlichen Instituts läßt sich die Geschichte des vergangenen Volkes, Reichtum in verjüngtem Maßstabe, wiedererkennen. Solange der Wohlstand eines Volkes wächst, pflegt auch seine Konsumtion zu wachsen. Der Verfall beginnt, wenn bei stillstehendem oder gar abnehmendem Wohlstande die Konsumtion zu wachsen fortfährt. Alsdann ist jeder Luxus unklug. Nun pflegt aber der wirtschaftliche Verfall eines Volkes von dem moralischen und politischen selten getrennt zu sein. Bei verfallenen Nationen ist der Luxus dabei in der Regel auch unsittlich." (Roscher, Luxus.)

Wie ein Menetekel starren mich diese Worte an, als ich gerade im Begriff bin, über das Thema „Hausfrau und Luxus" zu schreiben. Es ist ein Thema, das jetzt viel behandelt wird, namentlich in Versammlungen, welche die Berufsorganisationen der Hausfrauen in den Städten einberufen. An die Spitze sollte man die Frage stellen: „Was ist überhaupt Luxus?" Und diese Frage ist kaum zu beantworten. Was dem einen das selbstverständliche scheint, bedeutet dem andern schon unerschwinglicher Luxus. Johanna Kinkel schrieb einmal, wie gut es doch die Reichen hätten, die wenigstens im Bett bleiben könnten, wenn sie krank wären. Krankheit ist für viele Arme Luxus, leider ein Luxus, der sich nicht vermeiden läßt. Und so gibt es auch vieles, was Arme als Luxus ansehen müssen, und was für die Gesundheit so notwendig ist, wie z. B. Bäder, Erholungszeit, häufiger Wäschewechsel, Butter, Eier, heute sogar Milch.

Als Luxus sollte man nur bezeichnen, was über die notwendigsten Lebensbedürfnisse hinausgeht, zu denen gesunde Wohnungen, ausreichende Nahrung, saubere Kleidung u. a. zu rechnen sind. Da alles ist bei einem gesunden Volke Voraussetzung. Bei einem gesunden Volke wächst die Konsumtion und damit können dann auch eine Reihe von Wünschen befriedigt werden, die über die notwendigsten Lebensbedürfnisse hinausgehen. Und im Grunde gehört auch die Befriedigung solcher Wünsche zum Lebensnotwendigen. Ein gutes Buch, ein schönes Theaterstück, eine Reise, ein frohes Fest, alles das sind Dinge, die bei einem gesunden Volke keineswegs als Luxus gelten sollten. Sie geben Lebensfreude, Lebensmut und tragen dadurch zur Gesundheit bei. Aber alles das ist Luxus für den Armen, und wird mehr und mehr zum Luxus, wenn ein Volk verarmt. In dieser traurigen Lage sind wir heute. Roscher aber warnt, daß der Verfall beginnt, wenn bei stillstehendem oder gar abnehmendem Wohlstand die Konsumtion zu wachsen fortfährt.

Wer nur die Außenseite des Lebens in Deutschland heute betrachtet, der sieht nichts von einer Abnahme der Konsumtion. Die Mode, und nicht nur die Damenmode ist heute raffinierter, luxuriöser wie je. Die Strümpfe müssen aus Flor oder Seide sein, denn die Mode verlangt, daß man sie möglichst ausgiebig zeigt. Die Preise der seidenen Strümpfe sind ungeheuer, ihre Dauer dafür um so kürzer und gestopfte Strümpfe zu tragen gilt Modedamen und Herren als plebejisch. Die hohen Stiefel oder tiefausgeschnittenen Schuhe aus feinstem Leder mit sehr hohen Absätzen müssen natürlich der Eleganz der Strümpfe entsprechen. Die seidene, mit kostbaren Spitzen besetzte Unterwäsche, die Kleider, Ansüge, Hüte, Handschuhe, der kostbare Schmuck waren nie so luxuriös wie gerade heute, wo immer von unserer großen Not gesprochen wird. Nicht anders ist die Lebenshaltung der Kreise, die mit ihrer Kleidung so großen Luxus treiben. In den feinen Hotels, den Kurorten, den teuren Restaurants wird geschwelgt, so daß es für den, der nur diese Prasser sieht, scheinen muß, als ob Deutschland Ueberfluß an Lebensmitteln hat. In den Diesen und sonstigen Vergnügungslokalen wird getanzt, als ob wir keinen Londoner Vertrag unterschrieben hätten. Gewisse Gewerbe, wie Friseure, hatten nie so viel zu tun mit Frisieren, Ondulieren, Maniküren, Pediküren und wie all die Manipulationen zur künstlerischen Verschönerung des Menschen heißen.

„Deutsche Hausfrauen, kauft keine englischen, französischen, belgischen Waren" heißt es in den Merkblättern. In den Vorträgen wird auf die verschwenderische Haltung gewisser Kreise aufmerksam gemacht. Sehen wir dieses Leben und Treiben, dann begreifen wir, wie Roscher darauf hinweist, daß der wirtschaftliche Verfall eines Volkes von dem moralischen selten getrennt zu sein pflegt. Er warnt davor, da auch der politische Verfall selten davon getrennt zu sein pflegt. Die Vorträge sind gewiß gut gemeint, und die Veranstalterinnen sind ernst denkende Frauen. Aber die hingeben zu diesen Vorträgen, das sind gewöhnlich nicht die, welche Luxus irend welcher Art treiben. Ernst Denkende empfinden den Luxus als das was er in der heutigen Zeit ist, als unsittlich. Aber sie können ihm nicht steuern, denn ihre Macht ist gering. Die luxustreibenden Menschen, das sind fast alles solche, die viel Geld haben, die leicht Geld verdienen und die Augen und Ohren verschließen vor dem Elend der Allgemeinheit.

Es ist natürlich nicht angängig, daß die Lebenshaltung aller die gleiche ist. Die Bedürfnisse und Gewohnheiten sind doch zu grundverschieden. Der Einkauf ausländischer Waren ist für die meisten Frauen eine Unmöglichkeit, der herrenden Preise wegen, aber ein Geschäftsmann sagte ganz mit Recht, die Waren würden nicht eingeführt, wenn sie nicht verlangt würden. Und würde man den öffentlichen Verkauf verbieten, so würden sich Hintertüren finden.

So wie die luxustreibenden Damen bleibt auch die große Masse der Frauen den Vorträgen fern. Der Kampf, die Sorge um die Beschaffung der allereinfachsten, notwendigsten Lebensbedürfnisse reibt sie auf, macht sie apathisch. Der Begriff „Luxus" überträgt sich bei ihnen auf so ziemlich alles was notwendig ist für den Alltag. Auch der Besuch von Vorträgen ist für sie Luxus.

Aber gerade der große Gegensatz, der sich allmählich herausbildet zwischen einer kleinen Schicht der Bevölkerung, die Luxus treiben kann und der großen, der er versagt ist, gibt Anlaß zur ernsten Sorge. Heute ist der Luxus unklug. Böses Beispiel verdirbt gute Sitten. In den weiten Schichten, die sich jeden Luxus versagen müssen, wächst die Gier danach, wenn er ihnen so öffentlich vorgeführt wird. Zu dem wirtschaftlichen Verfall kommt also der moralische und schließlich der politische. Das führt zur Anarchie.

Wären unsere Feinde nicht gar so verblendet, so würden sie begreifen, daß sie uns davor bewahren müßten, wirtschaftlich noch mehr zu verfallen, sondern uns helfen, wieder in die Höhe zu kommen. Dann würde auch unsere sittliche Kraft wieder wachsen und damit die Kraft, Auswüchse des Luxus zu bekämpfen. Das läßt sich nicht durch Vorträge erreichen, sondern dadurch, daß man unserem Volk zur Gesundung verhilft, das sich dann wieder gesunden Luxus leisten kann. Wächst Produktion und Konsumtion des ganzen Volkes, wird es sittlich und politisch wieder gesunden. Das kann denen nur zum Vorteil gereichen, für die die drohende Anarchie in Deutschland auch schweren Schaden bedeuten kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210830-18/fragment/page=0007

Halle
Restaurants, Kaffees, Vergnügungen

Pfeiffer & Haase, Ludwig-Wuchererstr. 76, Ecke Lessingstr.
Weinstuben, Gr. Ulrichstraße 39.

3 Könige, A. Streicher, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7.
Konzert- und Künstlerhaus
Auftreten erster Kräfte. Anfang 7 Uhr.

Fledermaus-Weinstuben und Bar. Gr. Ulrichstr. 44
Täglich Künstler-Konzert
Telefon 4313. Benno Krüger.

Promenaden-Kaffeehaus am Leipziger Turm. Täglich Konzert

Café Roland Täglich Künstler-Konzert.

Prinzess-Theater
Schmeerstr. 5 :-: Telefon 2063
Albert Buhlmann.

Modernes-Theater Neue Promenade 8, früh. Kaiser-Wilhelmshalle
Täglich 7 Uhr Kabarett-Varieté Täglich 7 Uhr
Vorträge erster Künstler v. Bühne, Kabarett u. Varieté
Sonntags 4 Uhr und Abends 7 Uhr Vorstellung.

Beth's Bunte Bühne
Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.
Direktion Rich. Beth. Fernruf 1066.
Erstklassiges Kabarett am Platze
1. und 16. Programmwechsel.
B. B.B.

Restaurant „Dachrinne"
Mittelstrasse 18. Paulchen Jahr.

Bekleidung, Schuhe, Putz usw.

Gelegenheits-Kaufhaus
Schmeerstrasse 5, nur 1 Treppe
Beste u. billigste Bezugsquelle in Aussteuer-Wäsche, Hemden für Herren und Damen.
Jeden Dienstag: Sonderverkauf zu Engrospreisen.

System Konkurrenzlos, Inhaber: Jakob Kiwit.
Herren-, Knaben- und Arbeiterbekleidung.
Leipzigerstraße 11.

F. C. Wissel, Halle a. S., Markt 11.
En gros. Spezialgeschäft für En detail.
Tuche und Schneiderartikel.

A. Boenning, Steinweg 18.
Woll-, Weiss- und Kurzwaren. Trikotagen, Kleiderröcke. Blusen. Kleiderstoffe.

P. Wolff, Telephon 4315, Steinweg 20a.
Manufaktur-, Weiss- und Wollwaren.

Gustav Reinsch,
Herren-Konfektion,
Halle a. S., Markt 25.

S. Biletzky
Günstiges Angebot in Leinen und Baumwollwaren.
en gros. en detail.
Leipzigerstr. 103, 1. Etg.

G. Liebermann
Geiststrasse 42.
Herren-Artikel, Handschuhe, Unterzeuge, Lederwaren, Strumpf- und Wollwaren.

Gustav Grimm
Steinweg 38.
Kurz-, Weiss-u. Wollwaren. Trikotagen, Strumpfwaren. Handschuhe, Herrenartik.

Waschmittel-Zentrale
Seife, Kämme, Haarschm. usw. Steinweg 19a.

C. Barthel
Feine Herrenartikel.
Leipzigerstrasse 14.

Bürsten und Seilerwaren
Albert Kunzemann
Leipzigerstr. 25.

Phil. Högl,
Hutmacherei,
Kl. Ulrichstr. 21.

F. A. Otto, Wäsche- und Leinenhandlung.
Marktplatz 11.

Leipziger Hut-Preß-Anstalt
Paul Blaue, Schmeerstrasse 22.

Franz Schmidt,
Spezial-Damen-Putz. Geiststrasse 15 (Adler-Apotheke). Telefon 4568.

Strassburger Hutbazar, Leipzigerstrasse 15
Herren-Hüte, und Mützen in grosser Auswahl.

Schuhhaus Dietze
Untere Gr. Steinstrasse 13.

Schuhhaus Roland
Steinweg 19. Haus stabiler Schuhwaren.

Gebrüder Oehlschläger,
Schuhwarenhaus, Leipzigerstrasse 16.

Schuhhaus Günther
Grosse Ulrichstrasse 50 — Telephon 5571.

Lebens- u. Genussmittel, Zigarren, Tabak usw.

A. Wagenknecht
Obere Leipzigerstrasse 61-62.
Feinste Konfitüren u. Schokoladen.

Alb. Gentzsch G. m. b. H.
Schokolade, Zuckerwaren.
Filialen in allen Stadtteilen.

Heinr. Doller, Leipzigerstrasse 64. Fernruf 1122.
Versandhaus für gute und billige Lebensmittel.

Libelle! Kleinkunst-Bühne
Alte Promenade 11. Tel. 6492
Dir.: Erich Diester.
Jeden 1. und 15. neue Kunstkräfte.

Leonhardt & Schlesinger
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Grosse Ulrichstrasse 13/15.

Theodor Domann, Alleiniger Vertreter des Int. Möbel-T.-V. für Halle und Umgegend. Ludwig-Wucherer-Str. 30. Fernruf 6256 Möbeltransport — Verpackung — Lagerung.

Teichers Möbelgeschäft, Große Steinstraße 82. I.
Fernsprecher 3878. Einzelne Möbel und ganze Wohnungs-Einrichtungen — auch gebrauchte äusserst billig.

Gebr. A. & H. Loesch
Gr. Ulrichstrasse 36. Steinweg 30. Fernruf 1913.
Wollwaren — Trikotagen — Herrenartikel.

Alb. Fritsche,
Taubenstrasse 25. Telephon 6839 und 4458.
en gros **Lederhandlung** en detail
Masssteppererei.
Ständig grosses Lager aller Ledersorten für Schuhmacher, Sattler, Pantinen- und Pantoffelmacher, technische Leder, Treibriemen, Möbelleder, Täschnerleder etc.

Moritz Kade Nachfolger
Gross-Destillation und Weinhandlung
Charlottenstrasse 11.
Gegründet 1841.

Max Ott Steinweg 26.
Drogen, Farben, Parfümerien.

Kaufe bei Alex Michel.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

A der **Volksstimme.** (Musterschutz)

Abfahrt der Züge **Halle-Magdeburg, Halle-Leipzig** und zurück.

Magdeburg	ab		425	700	752		1108		1035	122				420	610	722	923
Cöthen	„		540	753	913		1204		1221	242				548	723	842	938
Stumsdorf	„		611		948				1249	311				612		914	
Halle	an	W	643	827	1028	W	1243		129	345				652	745	913	1022
„	ab	522	750	832	1120	1100	1251	1255	153	430			612	658	742	1002	1028
Schkeuditz	„	610	825		1154	1140		129	230	510				728		1028	
Leipzig	an	645	852	913	1226	1215	129	201	306	543			722	844	822	1113	1123
Leipzig	ab	422	624	635	939	1024	1201	1247	216	441	453	714	922	1022			
Schkeuditz	„	522		711	1015		1243		256		530	730		1122			
Halle	an	552	708	741	1044	1108	115	127	330	525	622	822	1017	1152			
„	ab	638	711	W	1053	1113	138		340	533	626	838	1022				
Stumsdorf	„	708			1124		205		408	612	638	928					
Cöthen	„	800	748		1206	1152	230		436		724	942	1052				
Magdeburg	„	914	840		127	1249	345		554	724	812	1121	1132				

Abfahrt der Züge **Halle-Halberstadt-**Hildesheim und zurück.

522	711	1033	1238	514	611	942	1242	an	**Halle**	ab	422	750	1116	134	338	506	621	1025
542	657	1020	1225	500		922	1226		Halle-Trotha		412	802	1128	A-schl.	350	521	644	1031
501	608	936	1142	412	510	843	1138		Könnern		452	847	1213	240	429	622	725	11[illegible]
	522	906	1112	340	abA-schl.	814	1106		Sandersleben		534	927	1247		505	W	822	1142
	422	740	958	213	432	655	922		Halberstadt		737	1055	212	326	632		1022	122
		ab Goslar 525	657	1052	225	505 v. Goslar	543	ab	Hildesheim	an	1057	212	502	525	952		Goslar 1142	an

W. bedeutet: Verkehrt nur Werktags. Die fettgedruckten Ziffern bedeuten D- oder Schnell-, alle anderen Personenzüge. Letztere halten auf allen Zwischenstationen.

SONDERANGEBOT in BERUFSKLEIDUNG
Hosen aus Militär-Drell . . . . 45—
Arbeitshemden gestreift . . . 3750
J. Weiß am Markt.

Paul Richter Steinweg 53 Telefon 2079
Kolonialwaren : Spirituosen : Wein
Tabak und Zigarren.

Hermann Hartick, Leipziger Strasse 38
Kolonialwaren Spirituosen Weine.

F. Baumgärtel, Inh.: H. Zander
Kolonialwaren — Drogerie
Lessingstr. 26, Telefon 6340.

Otto Thürmer
Kolonialwaren Weine Delikatessen
Telefon 5142 — Friedrichsplatz 9.

Sprengel & Rink
Delikatessen und Weinstube
Leipzigerstrasse 2 — Telefon 6414.

Paul Schliack Nachf., Geiststr. 13.
Inhaber: Otto Stawenow.
Rind- u. Schweineschlächterei, Wurstfabrik.
Spezialität: Ausschnitt feiner Fleischwaren.
Hallesche Rot- und Leberwurst. Telephon 1021.

Hamburger Zigarren-Börse,
Brandstätter & Langemark.
Hauptgeschäft: Leipzigerstr., Neue Promenade 16.
Zweiggeschäft: Delitzscherstr. 3 (Preußenhof).
Fernspr. 1497-4001. Beste Bezugsquelle f. Wiederverk.

„Brasella", Zigarettenfabrik,
Berlinerstraße 6. — Telephon 3227.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Heinz Gronenberg,
Tabakfabrikate — Grosshandlung,
Gr. Ulrichstrasse 27. Fernsprecher 4624.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Max Schmidt, Leipzigerstraße 68,
Grosses Lager in Zigarren, Zigaretten und Tabaken.

Otto Mertens, Gr. Steinstrasse 32 neb. d. Viktoria-Apotheke
Gr. Ausw. in Zigarren, Zigaretten u. Tabaken
Tel. 5150.

Fr. Hutzelmann Inhaber: Karl Dannenberg
Zigarren- und Tabak-Handlung
Berliner Strasse 3a.

Leipziger Tabakhaus
Telef. 4721. **LETACO** G. m. b. H.
Hauptgeschäft: **Mauerstr. 1** am Franckeplatz
2. Geschäft: Kohlschütterstr. 1, Eingang Reilstr.
3. Geschäft: Triftstrasse 5.
Gewaltiges Lager in Zigarren, Zigaretten.
Besonders große Spezialität: **Rauchtabak.**

Karl Schneider, Gr. Ulrichstr. 25 Ecke Alte Promenade
Zigarren-Spezial-Geschäft
Tel. 2339. Tel. 2339.

G. Hennicke, Zigarren-Börse. Billig und gut.
Berlinerstrasse 32, gegenüber der Turnhalle.

Emil Friedrich, Zigarren-Versandhaus en gros en detail
Friesenstrasse 22. Telefon 2721.

Max Schurig, Zigarren Zigaretten und Tabake
Friedrichsplatz 4, Ecke Albrechtstrasse.

Tabakbörse Kurt Hafermalz,
Zigarren, Zigaretten und Tabake. Preiswert und gut. Kohlschütterstrasse 9.

Paul Schmidt, Zigarren- u. Zigaretten-Importhaus
Geiststrasse 22 Telefon 4819. Triftstrasse 5.

G. Schnabel, Inh. Paul Rost,
Fluss- u. Seefischhandlung. Telephon 2728.
Nur Bernburgerstr. 17.

Carl Brühl
Zigarren, Zigarett., Tabake
Sternstraße 5.

Tabakhaus Albrecht.
Geiststraße 15.

Alfr. Nürnberger
Obst und Südfrüchte.
Leipzigerstraße 45.

F. W. Grupe
Marktplatz 15.
Zigarr., Postkart., Romane

Moritz Rosewitz, Steinweg 7.
Herren-Artikel
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.

Herbert Winkler Nachf. Inhaber: Otto Morike
Zigarren, Zigaretten und Tabak-Import
Dessauerstrasse 2, am Rossplatz.

C. Fehling Billigste Bezugsquelle für Tabak-Fabrikate.
Gr. Steinstrasse 34.

Allgemeines

N. Fuchs Möbelhaus
Gr. Ulrichstrasse 58
I., II., III. Etage.
Fernruf 1215.
Ganze Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel in grosser Auswahl.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung
:: Kredit auch nach auswärts. ::

Th. Pollack, Möbelhaus, Grosse Ulrichstr. 3.

Friedrich Schirioth
Möbelhaus :-: Kleine Ulrichstrasse 34.

H. Bergmann, Inh.: A. Ebeling, Möbelhaus,
Fleischerstr. 30/31. Telephon 2382. Gegr. 1875.

„Reformbad", Kl. Klausstr. 14,
Licht- u. Wasserbehandlung. med. Bäder, Massage

Fahrrad Krause,
Fahrräder u. Ersatzteile. Eigene Reparaturwerkstatt.
Nur Kl. Ulrichstr. 18a, am Astoria. Telephon 3242.

Adler-Fahrräder
Bärenfänger & Co.,
Gr. Ulrichstraße 12.

Xaver Herz, Geiststrasse 65, Ecke Neumarktstrasse,
Regenschirme, Spazierstöcke, Tabakpfeifen und Lederwaren.

Max Rädler, Rannischestr. 2.
Farben, Lacke für den Haushalt. Emaille-Lack für Küchenmöbel. Fussbodenlackfarbe, über Nacht trocknend (Friedens-Qualität).

Herm. Schmidt, Geiststrasse 23.
Leder-Ausschnitt und Schuh-Bed.-Artikel.

Buchmann & Co., G. m. b. H.,
Dessauerstraße 53. Fernruf 1471 u. 4637.
Kohlen — Holz — Baumaterialien.

Haring & Strache, Dessauerstraße 51. Telephon 6644.
Nutz- u. Grubenhölzer. Tischler- u. Glaserholz.

H. Proepper & Co G. m. b. H. Fernspr. 4540 u. 6080
Magdeburgerstr. 55 Lagerplatz: 1259
Kohlen · Koks · Brennholz

Wilhelm Schubert's Stempelfabrik
Schilder — Gravierungen — Abzeichen
Leipzigerstraße 58. — Fernspr. 4033.

Max Turner, Geiststr. 55, Obere Leipzigerstrasse 66. Gegr. 1867. Nur Qualität Solinger Stahlwaren. Schleiferei. — Reparaturen.

Emil Herz, Leipzigerstrasse 45.
Schirme, Stöcke, Pfeifen und Lederwaren.

Herm. Müller
I. und ältestes Spezial-Stahlwarenhaus, Gr. Steinstrasse 1—2, Leipzigerstr. 20, Schmeerstr. 7—8.

Färberei Galgenberg
Dampfwäscherei. Chemische Reinigung.
— Fernruf 6595. —
Aelteste und grösste Wäscherei am Platze.
— Eigene Läden —
Ludwig-Wuchererstrasse 7, Gr. Steinstr. 56, | Landwehrstr., Ecke Niemeyerstr., Geiststrasse 36, | Markt 13, Steinweg 25, Königstr. 25.

Müller's Wasch- und Plättanstalt
Fleischerstr. 1, Fernruf 2545. Ecke Geiststr.
Spezialität: Feine Herrenstärkewäsche.

Hallesche Beerdigungs-Anstalt „Frieden", Hermann Gericke.
Fleischerstrasse 10/11. Telephon Nr. 2557.

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze.
Krukenbergstrasse 7. Gegenüber den Kliniken.
Telephon 5920 :-: Eigenes Geschirr.

Curt Forberg
Gas- und Wasseranlagen.
Barfüsserstrasse 17 - - Telephon 5390.

K. Rast, elektr. Anlagen, Ankerreparaturen, Beleuchtungskörper.
Geiststrasse 28.

R. Voss, Leipziger Strasse 1.
Verlobungsringe
Eigene Fabriktion

R. A. Otto Herrmann, Magdeburgerstrasse 9.
Grosshandlung in Manufakturwaren.

Albert Mennicke, Gr. Steinstrasse 62 Uhren- u. Goldwarenhaus
Vorteilhaft. Bezugsquelle all. Uhren- u. Goldwaren.
Eigene Uhren- und Goldschmiedewerkstätten.

G. Vester G. m. b. H.
Bahnspedition u. Möbeltransport. Telefon 7901.

Carl Saatz
Drogen, Parfümerien, Bürstenwaren.
Rannischestrasse 6.

J. Braunsdorf
Herrenartikel.
Reilstrasse 133.
Ecke Ludw.-Wuchererstr.

Walter Kühn
Steinweg 8. Zuckerwaren.

Aug. Laue
Leipzigerstrasse 47.
Wäscheleinen.

E. Richter Nachf.
Seifen und Parfümerien.
Leipzigerstrasse 66.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210830-18/fragment/page=0008